

Wöchentlich 35 Pf., monatlich 1,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 40 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Poststellgebühren. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Donnerstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampferregung des „Kleinen Wagners“ des jetzigen Wortes 25 Pfennig (zuletzt zwei jetzige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Die jetzige des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Ehrenämter Seite 40 Pfennig. Einzelgenussnahme im Hauptgeschäft Einbinderstraße 2, wochentags, von 8½ bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Lindhof 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassente: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontokonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin 3

Was in Paris gefordert wird.

Die Forderungen der Alliierten überreicht. — Noch nicht das letzte Wort?

Paris, 12. April. (Eigenbericht.)

Die alliierten Delegierten auf der Sachverständigenkonferenz hielten am Freitag vormittag und nachmittag noch Beratungen ab, um sich über die Einzelheiten des am Donnerstag zwischen ihnen zustandekommenen Einverständnisses schlüssig zu werden. Die neuen Forderungen wurden noch am Abend Dr. Schacht mitgeteilt.

Auf Grund einer Meldung des „Temps“ hat die nunmehr ins Auge gefasste Lösung, die das Blatt selbst nicht als definitiv bezeichnet, folgenden Inhalt: Es bestehen

zwei Möglichkeiten.

Nimmt man wechselnde Jahreszahlungen an, so ergeben sich während einer Dauer von 27 Jahren Jahreszahlungen, die bei 1,7 Milliarden (900 Millionen für die Deckung der amerikanischen Anleihe, 100 Millionen für die Dawes-Zinsen, 700 Millionen für die alliierten Zusatzforderungen) beginnen und bis zu 2,4 Milliarden steigen würden. Hieraus würde 21 Jahre hindurch eine Jahreszahlung von 1,7 Milliarden erfolgen. Nehme man dagegen stets gleiche Jahreszahlungen an, so kämen zuerst 27 Jahre hindurch Zahlungen von 2,1 Milliarden und dann 21 Jahre 1,7 Milliarden in Frage. Diese Lösung sei, wie der „Temps“ weiter berichtet, nicht nur auf Grund von erheblichen Opfern der Engländer, Belgier, Italiener und Franzosen zustandekommen, sondern auch die Amerikaner hätten bezüglich ihrer sich auf 1 Milliarde belaufenden Forderungen an Reparationskosten das größte Entgegenkommen gezeigt.

Die Verhandlungen der alliierten Delegierten haben also nunmehr zu einer Einigung zwischen den Gläubigern geführt, so daß nunmehr der letzte Teil der Arbeit, die Inangriffnahme einer endgültigen Lösung gemeinsam mit den Deutschen, vor-

genommen werden kann. Fraglos wird dieser Teil der schwierigste sein. Der Abstand zwischen der Summe, über die die Alliierten sich einig geworden sind und dem, was von der deutschen Delegation als Maximum der deutschen Leistungsfähigkeit angesehen wird, ist immer noch beträchtlich. Auf deutscher Seite besteht nach wie vor der größte Wunsch, zu einem alle befriedigenden Abschluß zu gelangen. Immerhin wäre es unrichtig, ein etwaiges Scheitern als Katastrophe zu bezeichnen. Die Folge hiervon wäre lediglich eine

Rückkehr zum Dawes-Plan.

der mit seinen, zum Schutz der deutschen Währung vorgesehenen Sicherheiten noch besser wäre als die Annahme von neuen, ungeschützten, über das deutsche Zahlungsvermögen weit hinausgehenden Verpflichtungen.

Es läßt sich im Augenblick schwer eine Vermutung darüber aufstellen, ob das Einverständnis, das die Alliierten untereinander getroffen haben, noch genügend Verhandlungsspielraum läßt, um eine Verständigung mit der deutschen Delegation zu ermöglichen. Diese scheint jedenfalls nicht ausgeschlossen, da die gesamte Pariser Presse offensichtlich den Eindruck zu vermeiden wünscht, als ob es sich um ein Ultimatum handelte. Man sollte annehmen, daß die Alliierten bei ihren Verhandlungen selbst die Gewissheit weiterer Abtritte ins Auge gefaßt haben, da ja sonst tatsächlich die deutsche Delegation vor eine vollendete Tatsache gestellt wäre.

Heute wieder Volltagung.

Paris, 12. April.

Owen Young hat die deutschen Delegierten zu einer Volltagung der Konferenz für Sonnabend vormittag 11 Uhr 30 ein- geladen.

Genfer Abrüstungstagung.

Die Aktion der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Die sechste Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission beim Völkerbund beginnt am 15. April in Genf. Die fünfte Tagung liegt bereits ein Jahr zurück. Sie war kurz und ergebnislos. Die neue Beratung sollte nach einem ausdrücklichen Beschluß der letzten Vollversammlung im Völkerbunde „spätestens zu Beginn des Jahres 1929“ stattfinden. Daß sie erst am kommenden Montag beginnt, bedeutet also eine nochmalige Verzögerung um ein volles Vierteljahr. Und doch wird man objektiverweise feststellen müssen, daß eine weitere Verschiebung um zwei Monate der Sache nur gedient hätte. Denn es erscheint von vornherein ganz ausgeschlossen, daß sechs Wochen vor den englischen Wahlen eine entscheidende Wendung in der bisherigen Behandlung des Abrüstungsproblems in Genf eintritt.

Die fünfte Tagung der Vorbereitenden Kommission war unter dem Eindruck des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Amerika und England in der Frage der Abrüstung zur See auseinandergegangen. Seitdem ist nichts erfolgt, was auf eine Annäherung der beiden entgegengesetzten Auffassungen schließen lassen kann: England besteht darauf, daß im Rahmen der von der Washingtoner Flottenkonvention von 1921 festgesetzten Gesamttonnage nur Großkampfschiffe in beliebiger Zahl gebaut werden dürfen, während Amerika, dessen Weltmarkt und Welthandel auf ganz anderen Voraussetzungen geographischer und politischer Art beruhen, freie Hand für den Bau von kleineren Schnellkreuzern, U-Booten und dergleichen behalten will und im übrigen den Grundgedanken der „Freiheit der Meere“ vertritt, der dem altberbrachten Standpunkt des britischen Imperialismus diametral entgegengesetzt ist.

Durch den Versuch Englands, sich hinter dem Rücken der Vereinigten Staaten mit Frankreich auf der Grundlage eines zunächst geheim gehaltenen Kompromisses zu einigen, das in allen wesentlichen Punkten ausschließlich dem englischen Standpunkt Rechnung trägt, ist der englisch-amerikanische Marinegegensatz seit dem vorigen Sommer nur verschärft worden.

Man hat oft und mit Recht gesagt, daß allein der Druck der Völker Abhilfe schaffen kann. Das gilt besonders in diesem Falle, und wir werden in den letzten Tagen des Mai erfahren, ob das englische Volk die Abrüstung will oder nicht. Darin liegt die historische Bedeutung der bevorstehenden Kraftprobe zwischen Konservativen und Arbeiterparteiern. Nebenbei stehen auch die Liberalen in diesem Punkte in schärfster Opposition zur Regierung, und erst gestern hat ihr Führer Lloyd George in einer Wahlrede die Schuld der Konservativen an der Nichterfüllung des Abrüstungsversprechens festgestellt, das durch die Friedensverträge und das Völkerbundsstatut vor zehn Jahren den Völkern gegeben wurde.

Der einzige Wert, der dieser neuen Genfer Tagung beizumessen ist, liegt in der Möglichkeit, die nicht minder brennenden und ungelösten Streitfragen in bezug auf die Land- abrüstung durch abermalige Aussprache zu klären und einer Lösung zuzuführen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des bereits vor zwei Jahren in erster Lesung verabschiedeten Entwurfs einer Abrüstungskonvention. Freilich waren damals alle schwierigen Probleme, über die keine Einigung erfolgen konnte, herausgenommen und zurückgestellt worden. Nur in einem Punkte sind seitdem Fortschritte erzielt worden, nämlich in der Frage der Sicherheit dank den konkreten juristischen und politischen Vorschlägen des besonders eingesehten Sicherheitskomitees. Alle übrigen Streitfragen — Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven und des lagernden Kriegsmaterials, Einschaltung des Begriffes des „Kriegspotentiells“ (d. h. der wirtschaftlichen und sonstigen Hilfsquellen eines jeden Landes, die im Kriegsfall verwendet werden könnten), internationale Kontrolle der Durchführung künftiger Abrüstungsvereinbarungen — sind seit Juli 1927 nicht vom Fleck weggekommen.

Die deutsche Delegation hat soeben ein sorgfältig ausgearbeitetes Memorandum überreicht, in dem zahlreiche wertvolle Anregungen für die Lösung dieser Schwierigkeiten enthalten sind. Aber es hat nicht den Anschein, als ob auf dieser Tagung jene Gegenstände überbrückt werden dürften. Vielmehr muß die Tatsache auffallen, daß die französische Regierung unter Verzicht auf einen Ersatz für ihren bisherigen Hauptvertreter Paul Boncour, zu ihrem ersten Delegierten zu dieser Tagung, Herrn Massigli, ernannt hat, der zwar als früherer Sekretär der Botschafterkonferenz zweifellos den Stoff beherrscht, aber bisher noch nie in führender selbständiger Stellung verwendet wurde und wohl weder die nötige Autorität, noch die erforderlichen Vollmachten für weittragende Beschlüsse besitzen dürfte.

Weiter steht auf der Tagesordnung die zweite Lesung des russischen Abrüstungsvorschlages. Das ursprüngliche Programm einer sofortigen und hundertprozentigen Abrüstung, sozusagen über Nacht, das Litwinow im Dezem-

Nicht einen Pfennig Lohnerhöhung!

Herausforderung des BMMJ.

Gestern nachmittag wurden zwischen dem Metallkartell und dem Verband Berliner Metallindustrieller über den Neuabschluß des Lohnvertrages verhandelt. Das Metallkartell hat bekanntlich die gleichen Forderungen aufgestellt, die den Metallindustriellen schon im Vorjahre unterbreitet wurden, als nach einer etwa vierjährigen Tariflosigkeit über den Neuabschluß des Lohnvertrages verhandelt werden sollte. Die Lohnforderung beläuft sich in der Spitze auf eine

Erhöhung der Mindestlohnstellung von 1,06 M. auf 1,20 M.

und für die übrigen Lohngruppen im ungefähre gleichen prozentualen Verhältnis. Darüber hinaus ist eine Reduzierung der Lohngruppen auf insgesamt drei Gruppen verlangt worden, so daß in der Bezahlung nur noch nach gelehrten, angelernten und ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen unterschieden werden sollte.

Genosse Ulrich als Vorsitzender des Metallkartells und nach ihm verschiedene andere Organisationsvertreter begründeten eingehend die Forderungen, deren restlose Bewilligung den Metallarbeitern noch nicht einmal die gleiche Lebensführung ermöglichen würde, wie sie sie in der Vorkriegszeit hatten. Ulrich führte zum Beweise dafür, daß die Unternehmer durchaus in der Lage sind, diese nicht überhöhten Forderungen zu bewilligen, die Abschlässe verschiedener maßgebender Betriebe des BMMJ. für das Jahr 1928 und deren Auftragsbestände für das laufende Jahr an. In mehr oder minder gebundenen Gegenreden versuchten der Direktor Kremmerer, sowie der Rechtsanwalt Oppenheimer den Verbandsvertretern klar zu machen, daß es der „Wirtschaft“

bedeutend schlechter gehe als den Arbeitern

und daß die Metallindustriellen nicht in der Lage seien, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren. Nach der Auflösung der Metallindustriellen haben die im Metallkartell zusammengeschlossenen Organisationen den Tarif nur gekündigt und eine Lohnforderung aufgestellt, weil eben die Zeit zur Tarifkündigung herangekommen war und es bei den Gewerkschaften üblich geworden sei, jeden Tarifabschluß wahrzunehmen und automatisch Lohnforderungen zu erheben! Die Metallindustrie wie die gesamte deutsche Wirtschaft sei infolge der hohen Belastung durch Löhne, Gehälter, Steuern und soziale Abgaben außerstande, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Die Unternehmer schlagen vor, den Tarif zu verlängern, was von den Unterhändlern der Metallarbeiter ganz entschieden abgelehnt wurde. Nach fast vierstündigen Auseinandersetzungen wurden die Verhandlungen, da die Unternehmer weder in der Lohn-

frage, noch in der Frage der Umgruppierung Konzessionen machen, schließlich ergebnislos beendet, so daß nunmehr der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen werden muß.

Die herausfordernde und schamvolle Begründung der Ablehnung atmet so recht den „Geist“ des BMMJ.

Nicht einen Pfennig wollen die Siemens, Bergmann, AEG, Vorisg usw. herausstücken von den Millionengewinnen, die sie schaffen. Metallarbeiter, merkt euch das!

Nicht einen Pfennig soll ihr bekommen, weil die Herren im BMMJ. auf eure Uneinigkeit und auf die selbstmörderischen Spaltungsvorläufe der offenbar irrsinnig gewordenen Kommunisten rechnen. Wie die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ausgehen werden, ist also voraussehbar.

Nicht einen Pfennig werdet ihr bekommen, Metallarbeiter, wenn ihr nicht geschlossen zusammensteht im Deutschen Metallarbeiterverband. Die Herren im BMMJ. machen nur die Konzessionen, die sie zu machen gezwungen werden.

Dies degradiert.

Götterdämmerung in der SPD.

Der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt von unterrichteter Seite, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bied dieser Tage seines Amtes als Bezirksvorsitzender der SPD. von Berlin-Brandenburg enthoben worden ist. Bied soll in Zukunft in einem Bureau der „Roten Hilfe“ als Angestellter beschäftigt werden.

Bied ist einer der ältesten Spartakusleute, ein Freund und Kampfgenosse von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Als alter Sozialdemokrat hat er die in der Sozialdemokratie gewonnenen Erfahrungen zum Aufbau und Zusammenhalt der kommunistischen Organisation benutzt.

Er war von ausgezeichnetem Moskautreue — wenn alles wankte und flog, wenn die Pläge verwechselt wurden, so blieb doch Bied. Ein solider und disziplinierter Unteroffizier, der trotz aller Beschränktheit gegenüber den Größen der SPD. von heute ein politischer Mensch war.

Sein Hinauswurf aus dem politischen Bureau Berlin-Brandenburg stand bereits auf der Tagesordnung. Er hat versucht, durch widerliche Hausrechtsakte im Dienste Leddy Thälmanns in der „Roten Hilfe“ gegen die Opposition seine Stellung zu halten, aber die Branheit hat ihm nichts genügt.

ber 1927 vorgelegt hatte, war nichts anderes als ein plumper Agitationsbluff. Das neue Programm der Russen, das eine etappenweise Abrüstung in beschleunigtem Tempo vorsieht, wäre schon eher diskutierbar, obwohl an der Ehrlichkeit auch dieses zweiten Schachzuges die stärksten Zweifel hegeht werden müssen: denn ein Regime, das auf Diktatur, also auf Waffengewalt beruht, mag es folschichtig oder bolschewistisch sein, kann gar nicht abrüsten. Dennoch fordert der neue Mai-Aufruf der Sozialistischen Arbeiterinternationale mit Recht, daß „die Kommission diesen Vorschlag nicht ablehne, ohne selbst einen besseren endgültigen Vertragsentwurf zu beschließen.“ Da die Russen ihre ursprüngliche Delegation unter Führung von Litwinow und Lunatscharski abermals vollständig nach Genf entsenden, kann man wohl damit rechnen, daß die Diskussion zeitweise sehr lebhaft sein wird.

Ein besonderes Merkmal dieser Tagung liegt in der Aktion, die die Sozialistische Arbeiterinternationale auf Grund der Beschlüsse der letzten Exekution in London unternimmt, um auf die Regierungen den Druck der arbeitenden Massen auszuüben und den Willen der Völker zur Abrüstung und zum Frieden bis in den Genfer Beratungen hineinzufragen. Der Petitionssturm, der, besonders auf Wunsch der holländischen Genossen, die für diese Waffe eine Vorliebe haben, organisiert wurde, hat eine wahre Panik unter den Beamten des Völkerbundsekretariats hervorgerufen, die in ihren sonstigen bürokratischen Arbeitsgewohnheiten auf eine solche Ueberstürzung nicht eingestellt waren. Am Montag erfolgte ein weiterer Schritt: Der Präsident der Vorbereitenden Abrüstungskommission, der Holländer Louden, wird eine Delegation der Sozialistischen Arbeiterinternationale empfangen, geführt von seinem Vorgänger in der Kommission, unserem belgischen Genossen de Brouckere, und der Vertreter der verschiedensten Völkerkategorien angehören werden: für die kleinen, neutralen Länder der holländische Genosse Albarada, Vorsitzender der besonderen Abrüstungskommission der Internationale, für die nicht abgerüsteten „Reichern“ Länder der französische Genosse Renaudel (Arthur Henderson, der ursprünglich auch in Aussicht genommen war, ist durch den inzwischen eingeleiteten englischen Wahlkampf am Erscheinen verhindert) und für die besiegten Länder, die ein besonderes Anrecht auf Erfüllung des allgemeinen Abrüstungsversprechens haben, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Genosse Wels.

So wird diese sechste Tagung, über deren Aussichten man sich keinen Illusionen hingeben darf, wenigstens die Gelegenheit bieten, zu zeigen, daß eine Macht in der Welt heranwächst, die sich mit Verheißungen nicht begnügt, sondern die Erfüllung eines Tages in ihre eigenen Hände nehmen wird.

Die deutschen „Bemerkungen“.

Genf, 12. April. (Eigenbericht.)

Die „Bemerkungen“ des Grafen Bernstorff zu der bevorstehenden Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission bilden gewissermaßen Ergänzungen zu den Erklärungen des deutschen Vertreters im Verlauf der letzten Völkerbundversammlung.

Bernstorff geht aus von dem deutschen Standpunkt, daß ein internationales Abkommen über die Rüstungsbeschränkung alle Rüstungsfaktoren erfassen müsse. Die Abrüstung, so betont er, bündelt sich nur auf die im Frieden bestehenden Rüstungen beziehen. Bei dem Verhältnis von Wehrpflichtigen auf ausgedehnten Reservisten zu den Berufsheeren soll berücksichtigt werden, wie lange die Reservisten schon aus dem aktiven Dienst entlassen sind. Es soll eine rechnerische Norm des militärischen Wertes geschaffen werden.

Die Materialbeschränkung durch Festsetzung von Budgetzahlen lehnt Bernstorff als unzuverlässig ab. Eine wirksame Beschränkung des Kriegsmaterials sei nur durch die Aufstellung von Höchstzahlen möglich. Vor allem müßten die für den modernen Krieg wesentlichen Waffenarten — Tanks, Bombenflugzeuge und weittragende Geschütze — erfaßt werden. Das Giftgasverbot vom Jahre 1925 sollte durch ein noch wirksames Verbot in der Abrüstungskonvention verstärkt werden. Außerdem bittet Bernstorff, die Frage zu erwägen, ob nicht ein allgemeines Verbot des Abwurfs von Gas-, Brand- und Brandbomben aus der Luft ausgesprochen werden könne. Dadurch würde die Zivilbevölkerung vor Luftangriffen besser geschützt. Die Durchführung der Abrüstungskonvention soll — so schlägt Bernstorff vor — einem ständigen Ausschuss übertragen werden.

Der politische Wert der Denkschrift liegt darin, daß sie sich zum Teil an die Abrüstungskommission der Kommission eng anschließt und auf die zweite endgültige Lesung des Entwurfs drängt.

Die Londoner Polizeiskandale.

Jetzt auch bei der Politischen.

London, 12. April. (Eigenbericht.)

England hat im Laufe der letzten 12 Monate einen Polizeiskandal nach dem anderen erlebt. Diesmal sind anscheinend Angehörige der politischen Polizei schwer kompromittiert. Am Donnerstag ist bei zwei Mitgliedern der sogenannten Spezialbranche (politische Polizei) gehäuselt worden, wozu Kundenslange nachrichtliche Konferenzen höher und höchster Beamten im Polizeipräsidium (Scotland Yard) gefolgt sind. In Scotland Yard wird größtes Stillschweigen bewahrt und der Versuch gemacht, alles als eine innere Disziplinärangelegenheit hinstellen zu lassen.

Nur Vertekung des Amtsgeheimnisses.

Wie im Laufe des Abends weiterhin bekanntgegeben wurde, handelt es sich darum, daß wichtige Informationen durch Indiskretionen von Beamten von Scotland Yard in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Wie angekündigt wird, wird es einige Zeit beantragt, ehe die in Gang befindliche Untersuchung den Sachverhalt so weit geklärt hat, daß die zu ergreifenden Maßnahmen bekanntgegeben werden können, wobei es sich um ein Verbrechen wegen Vertekung des Amtsgeheimnisses oder um ein Disziplinärverfahren handeln könnte.

Trochitz hat bereits vor einigen Tagen durch seine Berliner Freunde erfahren, daß sein Aufenthaltsgesuch in Deutschland kaum genehmigt werden würde. Er will zunächst nach Konstantinopel flüchten. Später wird er sich wahrscheinlich nach den Bringen in Italien begeben.

Mandatverzicht des Abgeordneten Lobe. Wie verlautet, beabsichtigt der Reichstagsabgeordnete der Volkrechtspartei, Senatspräsident a. D. Lobe, nach Ablauf dieses Monats sein Mandat niederzulegen.

Was ist Landesverrat?

Wer das Staatsinteresse wahrnimmt, ist straffrei. — Beratung im Strafgesetzesauschuss. — Dreiste kommunistische Lügen.

Der Strafgesetzesauschuss des Reichstags brachte am Freitag die Beratung der Bestimmungen über Landesverrat zum Abschluß. Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen und kommunistischen Verbesserungsanträge von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, auch der besonders wichtige sozialdemokratische Antrag: „Der gefährliche Tathandlung bekannt gibt, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden zu veranlassen, ist straffrei.“ Abgelehnt wurden auch die deutschnationalen Anträge.

Der entscheidende § 115a, der mit 15 gegen 9 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen wurde, lautet nach den Beschlüssen des Ausschusses folgendermaßen:

„Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht öffentlich bekannt macht, eine unmittelbar drohende erhebliche Gefahr für den verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reiches abzumenden, wird mit Gefängnis bestraft. Der Täter ist straffrei, wenn die Gefahr tatsächlich beizubringen ist. Die Tat wird nur auf Verlangen der Reichsregierung verfolgt.“

Abg. Landsberg (Soz.) stellte fest, daß bei den früheren Beratungen die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder für die Streichung der Bestimmung des § 95 gestimmt haben, nach welcher derjenige mit Zuchthaus bestraft werden soll, der wissentlich während eines Krieges gegen das Reich oder bei einer unmittelbar drohenden Kriegsgefahr der feindlichen Macht Vorwissen leiste oder der Kriegsmacht des Reiches oder seiner Bundesgenossen einen Ratteil zuzieht. Die Sozialdemokraten hätten sich bei der Beratung dieses Paragraphen entschieden gegen ihn gewendet; seine Gefährlichkeit aufgedeckt und gegen ihn gestimmt. Trotzdem berichtet die „Reise Zeitschrift“ das Gegenteil, und sie behauptet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die bürgerlichen Abgeordneten unterstützt hätten, eine Waffe gegen die Arbeiterschaft zu schmieden. (Abg. Rath: Unglaublich!)

Wenn derjenige, der diesen Bericht geschrieben hat, den Ausschussverhandlungen beigewohnt habe, so habe er wissentlich die Unwahrheit gesagt, und im übrigen müsse man die kommunistische Lüge zu den anderen legen.

Zu dieser Feststellung schwiegen die Kommunisten, obgleich ihnen von den Sozialdemokraten zugerufen wurde, sich zu der Erklärung des Genossen Landsberg zu äußern.

Der Schutz des Verkehrs.

Der Strafgesetzesauschuss trat dann in die Beratung der Bestimmungen über gemeingefährliche Handlungen und

Gefährdung des öffentlichen Verkehrs ein. Nachdem in der vorigen Sitzung ein sozialdemokratischer Antrag angenommen wurde, der eine im Entwurf vorgeschriebene Sonderbestimmung beseitigt, die sich gegen die Angestellten richtete, beantragten die Deutschnationalen die Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren gegen jeden, der in einem Verkehrsunternehmen tätig ist und dabei seine Pflichten in einer Weise verletzt, daß dadurch die Sicherheit des Betriebes gefährdet oder eine Gefahr für Leib oder Leben oder in bedeutendem Umfange für fremdes Eigentum herbeigeführt werden (§ 231a).

Abg. Larnow (Soz.) wandte sich gegen diesen Antrag, der nur äußerlich den Charakter einer Ausnahmebestimmung gegen die Angestellten vernehme, in Wirklichkeit aber nur diese treffen werde. Die Unternehmer sicherten sich vor jeder Bestrafung einfach dadurch, daß sie lächerliche Dienstvorschriften anordneten, deren Befolgung aber nicht möglich sei. Es sei sehr einfach, auf dem Papier alle die Vorschriften zu erlassen, die den Unternehmer vor dem Vorwurf unzureichender Bestimmungen schützen. Es sei aber ungeheuer schwer, als Angestellter immer alle Vorschriften zu beachten.

Bei Einhaltung aller Vorschriften für Eisenbahnernehmungen dürfe z. B. die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrzeiten fast unmöglich sein.

Als die österreichischen Eisenbahner einmal alle Vorschriften genau beobachtet hätten, hätten sie zwar die Verkehrsordnung befolgt, die Ordnung des Verkehrs aber habe aufgehört. Die von den Deutschnationalen vorgeschlagene Bestimmung sei gefährlich und auch überflüssig.

Nach längerer Debatte wurde § 231a dem Unterausschuss überwiesen.

§ 233 des Entwurfs droht Gefängnisstrafe demjenigen, der in Fabriken, Bergwerken oder anderen Betrieben oder an Maschinen eine dem Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen dienende Vorrichtung beschädigt, zerstört, beseitigt oder sonst unbrauchbar macht, außer Tätigkeit setzt oder vorchriftswidrig oder nicht richtig anbringt und dadurch eine Gefahr für Menschen herbeiführt.

Abg. Larnow (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Verbesserungsantrag, der auch bei Verletzung einer zum Zwecke des Arbeiterschutzes erlassenen Vorschrift Strafe fordert.

Auf eine Frage des Abg. Larnow erwiderte Ministerialdirektor Schäfer, daß § 232 keinesfalls bei Ausbruch eines Streiks Anwendung finden könne.

Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Erst heute Ministerernennung.

Roch führt den neuen Reichsgerichtspräsidenten ein.

Amlich wird mitgeteilt: Da der Reichsminister der Justiz Roch-Weser am Samstag im besonderen Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung den neuernannten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke in sein Amt einführen wird, wird die Umbesetzung des Reichsjustizministeriums und die Ernennung der anderen neu in das Kabinett eingetretenen Reichsminister erst im Laufe des Sonnabend erfolgen.

Sigung des Beirats für Luftfahrtwesen

Der Beirat für das Luftfahrtwesen hatte in seiner Februar-tagung dem Wünsche Ausdruck gegeben, in einer besonderen Sitzung den vom Deutschen Verkehrsverbände angeregten Ausbau des Luftverkehrs zu erörtern. Der Reichsverkehrsminister hatte hierzu auf Freitagvormittag eingeladen.

Der Beirat beschäftigte sich zunächst außerhalb der Tagesordnung mit den durch die Presse bekanntgemachten Äußerungen am Luftfahrtetat und schloß einstimmig folgende Entschließung:

„Der Beirat für das Luftfahrtwesen nimmt von den Mitteilungen über die am Luftfahrtetat vorgesehenen Kürzungen und den sich daraus ergebenden schwerwiegenden Folgen mit großer Besorgnis Kenntnis und bittet den Herrn Reichsverkehrsminister, seinen ganzen Einfluss bei der Reichsregierung und bei den gesetzgebenden Körperschaften für die berechtigten Belange der deutschen Luftfahrt einzusetzen, an deren Aufrechterhaltung und planmäßiger Förderung alle Kreise des deutschen Volkes das stärkste Interesse haben.“

Bei der Beratung der Tagesordnung äußerte sich der Beirat dahin, daß von einer Änderung der Grundzüge seiner Arbeit (Verordnung vom 5. Februar 1924, Reichsgesetzl. I. S. 43) abgesehen und eine stärkere Mitarbeit des Beirats durch die Bildung weiterer Unterausschüsse erzielt werden könne.

Zu den bereits vom Reichsverkehrsminister gebildeten Unterausschüssen (Sicherheitsauschuss, Verkehrsausschuss und Kartenausschuss) schlug der Beirat dem Reichsverkehrsminister die Bildung eines Ausschusses für Angelegenheiten der Luftfahrzeugbefugungen vor, für welchen folgende Beiratsmitglieder in Aussicht genommen wurden: Abteilungsleiter im Deutschen Verkehrsverbände Binder, Flugzeugführer Kommod. Oberstabsarzt a. D. Dr. Kochel, Flugkapitän Dipl.-Ing. Werg, Direktor Reich. Vorkommnisse Rudz, Direktor Siebel, Geschäftsführer der Verkehrsfliegerschule Wild.

Ein überheblicher Reaktionär.

Das Gesicht des sächsischen Bürgertums.

Leipzig, 12. April. (Eigenbericht.)

Am Freitag vormittag wurde der neue dritte Bürgermeister Schulze in sein Amt eingeführt. Schulze, der Sozialdemokrat ist, wurde von Oberbürgermeister Rasche wie folgt begrüßt:

„Der heutige Tag der Einführung des Herrn Oberbürgermeisters“

Kammerspiele.

Dymow: „Jusur“.

Keine Tragikomödie, wie Ditty Dymow das Stück nennt, sondern die sehr wehleidige Komödie eines weidhorigen Liebesträumers, unter der Regie des Heinz Hilpert nach Kinder-märchenart auf Maxodrama und auf poetische Stimmung hergerichtet. Viel Beifall für Michael Tschorsch, den neuen Protagonisten des Reinhardt-Ensembles. Dgt.

rat Schulze in sein Amt bedeutet für seine Wähler einen Tag der Freude, einen Tag des Triumphes, einen Tag des Sieges, wie dieses ja bei vielen von Ihnen schon rein äußerlich in Erscheinung tritt. Für die Minderheit des Stadtverordnetenkollegiums und für die Mehrheit des Ratkollegiums ist dieser Tag ein Tag der Sorge.“

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hübler (Soz.) erwiderte: Ich muß korrigieren, daß dieser Akt damit begonnen hat, daß in mehr oder minder verdeckter Form Vorwürfe gemacht worden sind gegen diejenigen, die den dritten Bürgermeister Dr. Schulze gewählt haben. Es ist gleiches schon bei anderen Gelegenheiten geschehen. Ich muß das als eine Ueberheblichkeit betrachten, als eine Maßnahme, die dem Herrn Oberbürgermeister nicht zuzieht, die ihm an dieser Stelle, wo es sich um eine Begrüßung handelt, nicht zukommt.“

Anschließend hielt Bürgermeister Schulze seine Einführungsrede.

Dormmüller bleibt hartnäckig.

Gewerkschaften und Lokomotivfrise.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spinnereibünde wurden gestern bei der Generaldirektion der Reichsbahn wegen der notwendigen Vergütung von Lokomotivaufträgen vorgestellt.

Die Gewerkschaftsvertreter betonten die wirtschaftlichen Gefahren, die sich aus einer Abwanderung der hochqualifizierten Facharbeiter sowie der Spezialingenieure im Lokomotivbau ergeben würden, falls die Reichsbahn durch Vergütung von Lokomotivaufträgen die Abfahrtspreise in dieser Industrie nicht notdürftig erhöhe. In keiner Entgegnung berief sich Dr. Dormmüller auf seine bekannten Ausführungen betreffs des Ueberbestandes an Lokomotiven bei der Reichsbahn, wobei er hinzufügte, daß eventuell eintretende Erleichterungen der Pariser Reparationsverhandlungen zu allererst dem Brücken- und Oberbau zugute kommen würden. Erst wenn dann noch Mittel übrig blieben, könnte die Lokomotivindustrie die erforderlichen Aufträge erhalten. Würden jedoch die erhofften Erleichterungen nicht eintreten, so könne er für die nächsten zwei Jahre keine Verbesserung machen. Die Reichsbahn denke nicht daran, durch Erhöhung der Aufträge auf den Lokomotivbau einen Zwang zur Konzentration auszuüben, sondern es handele sich für sie nur um die finanzielle Seite.

Die Gewerkschaftsvertreter erwiderten darauf, daß eine von den Aufträgen der Reichsbahn abhängige Industrie unmöglich Jahre hindurch ohne Bestellungen durchhalten könne, ohne daß nicht für die Eisenbahn selbst schwerste wirtschaftliche Schäden entstünden. Im übrigen habe die Reichsbahndirektion vor ihrer letzten Tarifierhöhung die Heraushebung der Tarife ausdrücklich mit der Notwendigkeit des Baues gewisser Lokomotiven begründet. Dieses Programm aber habe sie unmittelbar nach der Tarifierhöhung fallen lassen. Es sei schwer anzunehmen, daß die Reichsbahndirektion sich über ihre Finanzlage nur wenige Monate später so habe täuschen können. Zum Schluß erklärte Dr. Dormmüller nochmals, daß er bei seinen Erklärungen bleiben müsse und daß er sich der Folgen dieser Tatsache auch für die Reichsbahn vollkommen bewußt sei.

Die Besprechungen wurden zum Teil mit einer peinlichen Gerechtigkeit geführt, die offenbar mit der Lohnbewegung der Eisenbahner im Zusammenhang stand. — Zu den Dormmüllerischen Erklärungen ist noch zu sagen, daß sein Hinweis auf die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn vollkommen haltlos ist, denn es dürfte auch dem Generaldirektor der Reichsbahn bekannt sein, daß die Lokomotivindustrie die für den Bau von 100 Lokomotiven notwendigen 15 Millionen der Reichsbahn auf ein Jahr stünden müßte.

Weiterberatung des Berggesetzes.

Kirchensteuergesetz. — Altersgrenze der Richter.
Kommunisten lachen über sich selbst.

Der Preussische Landtag nahm am Freitag zunächst die Kirchensteuergesetze in dritter Lesung an. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Es handelt sich bei diesen

Kirchensteuergesetze

um eine nicht wesentliche Abänderung des bisherigen Rechtszustandes: Die Kirchen und Kirchenverbände erhalten das Recht, zur Grundlage der Besteuerung statt der Einkommensteuer auch andere Steuern, insbesondere die Grundsteuer zu nehmen. In den ländlichen Gemeinden bezahlen heute zahllose Grundbesitzer, auch Großgrundbesitzer keine Einkommensteuer mehr und daher auch keine Kirchensteuern. Wenn die Kirche diese steuerlosen Grundbesitzer durch Zuschläge zur Grundsteuer ihrerseits heranzieht, so haben wir von unserem Standpunkt aus dagegen gar nichts einzuwenden. Sollte die Kirche, wie zu hoffen, aus diesen Zuschlägen zur Grundsteuer Mehreinnahmen haben, so wäre uns auch das recht; denn dann würden nach einer Erklärung des preussischen Finanzministers die Staatszuschüsse an die Kirchen um den gleichen Betrag gekürzt werden, und das so gesparte Geld könnte der preussische Staat für wirkliche Kulturzwecke des Staates sehr gut gebrauchen. Irgend einen Grund zur Opposition gegen diese Kirchensteuergesetze wußten auch die kommunistischen Redner nicht anzugeben; aber sie schimpften natürlich auf die Sozialdemokratie.

Es folgten die Abstimmungen zum Etat des Justiz- und des Finanzministeriums. Der jedes Jahr wiederkehrende Antrag der Rechten, die Altersgrenze der Richter von 65 auf 68 Jahre zu erhöhen, wurde mit überraschend großer Mehrheit von 235 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Ebenso unerwartet war der Erfolg, daß ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Zulassung der Umwälze zu den Gewerbeurteilen mit 205 gegen 139 Stimmen fiel. Auch sonst gab es zahlreiche Abstimmungen und Auszählungen; aber die Beschlüsse hielten sich durchweg im Rahmen dessen, was der Hauptausfluß vorschlug.

Den Rest der Sitzung füllte die

Debatte über den Bergetat.

Der Volksparteiler Krämer suchte darzulegen, daß jede Lohn-erhöhung im Bergbau zu weiteren Stilllegungen, also zu Schädigungen der Arbeiter selbst führen müsse, während der demokratische Arbeiterabgeordnete Hartmann mit Recht auf die verstaubten Gewinne in den Bilanzen der Bergwerksgesellschaften hinwies. Hartmanns Ausführungen waren die beste Kritik der wenig arbeiterfreundlichen Ausführungen seines Parteifreundes Minister Dr. Schreiber in Sachen der Rentabilität des Bergbaues.

Der Wirtschaftsparteiler Gruter begeisterte sich auch im Bergbau für den Privatbetrieb und hielt allen bürgerlichen Parteien der Reihe nach vor, daß sie dem Gedanken des staatlichen Bergbaues Zugeständnisse gemacht hätten, die vom Standpunkt des organisierten Grundrathhandels aus zu verwerten seien. Der Kaufmännische Major Tahl hatte den originalen Gedanken, daß die Bergherren an der Ruhr von den 714 Millionen Ruhrkriegsschadigung, die sie seinerzeit vom Reichskabinett bekommen haben, etwas herausgeben würden, um den Bergbauern des von ihnen in der Inflation billig erworbenen Landes etwas nachzugeben. Der Herr Major kennt die Bergherren von der Ruhr richtig!

Zum Schluß vertrat der Zentrumsarbeiter Hartich mit Nachdruck die Bergarbeiterforderungen.

Am Sonnabend soll die zweite Lesung des Berggesetzes zu Ende geführt werden.

Zu Beginn und Schluß der Sitzungen erlebt man jetzt wieder im Landtag

Kommunisten-Theater.

Gestern wegen des Verbots öffentlicher Umzüge in Berlin und Schleswig-Holstein, das auch für den 1. Mai gilt. Statt daß die Kommunisten sich selbst anboten, durch die Ausschreitungen und Rohheitsakte die Staatsbehörden zu solchen Maßnahmen gezwungen zu haben, schimpften sie, der sozialdemokratische Polizeipräsident wolle am 1. Mai in Arbeiterblut waden. Bezeichnenderweise sagen die Kommunisten das mit lachendem Munde; denn sie glauben davon kein Wort und so kann denn auch der Landtag nichts anderes tun, als über diese unpossenden Scherze zur Tagesordnung überzugehen.

Das Ausnahmengesetz in Indien.

Verordnung statt Parlamentsbeschluss!

Neu-Dehli über London, 12. April. (Eigenbericht.)

Der Vizekönig von Indien verkündete in seiner vor der gesetzgebenden Versammlung und dem Staatsrat verlesenen Adresse, daß er den Gesetzentwurf zum Schutze der öffentlichen Ordnung durch Verordnung in Kraft setzen werde. Der Gesetzentwurf bringt u. a. Erweiterung der Polizeibefugnisse, Ausweisung ausländischer Agitatoren und Handhaben gegen nicht in Indien geborene Kommunisten. Der Vizekönig begründet sein Vorgehen mit dem Hinweis, daß die am Vortage erfolgte Abhebung des Gesetzentwurfs von der Tagesordnung durch den Präsidenten des Parlaments unter Verletzung der Geschäftsordnung erfolgt sei.

Der Akt des Vizekönigs wird als eine neue schwere Provokation der Indianer durch den britischen Herrschaftsapparat angesehen und dürfte angesichts der Empfindlichkeit der Bevölkerung beträchtlich zu einer weiteren Verschärfung beitragen.

Polnischer Grenzübergriff.

Ein Schmuggler auf deutschem Gebiet niedergeschossen.

Beuthen, 12. April.

Gegen 2 1/2 Uhr früh wurde an der Grenzstation Schomberg-Off, ungefähr sechs Meter von der Grenze entfernt, auf deutschem Boden der polnische Staatsangehörige Michael Demarowski aus Sosnowice (Polen) beim Schmuggeln von einem polnischen Beamten aufgefressen. Demarowski erhielt einen schweren Bauchschuß und wurde in das städtische Krankenhaus in Beuthen eingeliefert.

Wie WTB. hierzu erzählt, begaben sich kurz nach Mitternacht vier Schmuggler mit Paketen, die Sicherheitszettel enthielten, nach dem Grenzübergang bei Schomberg und entsandten zunächst einen von ihnen an die Grenzlinie, um auszufundieren, ob der Übergang frei sei. Da dies zunächst nicht möglich war, versuchten es die Schmuggler etwa eine Stunde später noch einmal. Dabei hatten sie übersehen, daß ein polnischer Zollbeamter wenige Meter hinter der Grenze sie beobachtete. Als die Schmuggler noch die Grenzlinie überquerten, feuerte der polnische Beamte aus einer Pistole mitten in die Schmuggler hinein; einer von ihnen brach, durch einen Bauchschuß schwer verletzt, zusammen. Während zwei

Reichskommissar für Ostpreußen.

Bermittlung zur Bildung einer parlamentarischen Regierung.

Auf Beschluss des Reichskabinetts ist der Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Haenschel am Freitag als Reichskommissar nach Mecklenburg-Strelitz entsandt worden.

Haenschel ist mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet und hat zunächst vor allem den Auftrag, die in Mecklenburg-Strelitz seit Monaten bestehenden unerquicklichen Verhältnisse einer Klärung entgegenzuführen und

die Voraussetzungen für die Bildung einer parlamentarischen Regierung zu schaffen.

Der Reichskommissar ist in Neustrelitz eingetroffen und hat bereits Verhandlungen aufgenommen. Seine Bemühungen werden voraussichtlich bald zur Bildung einer Mehrheitsregierung führen.

Der Landtag verlagert sich.

Neustrelitz, 12. April. (Eigenbericht.)

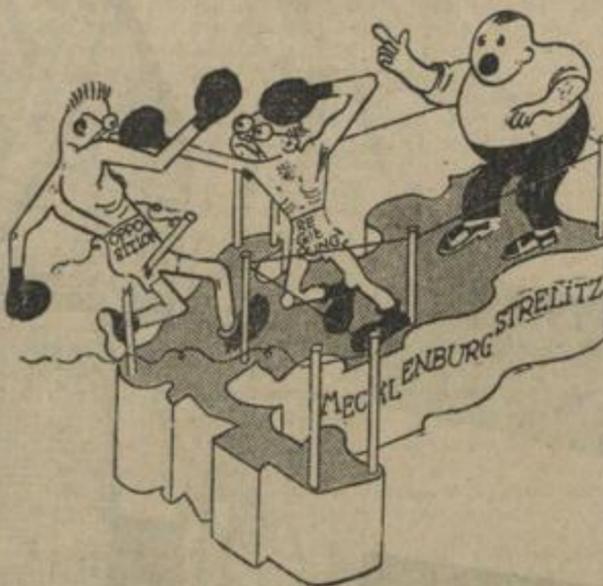
Veranlaßt durch den Rücktritt des sozialdemokratischen Staatsministers Dr. von Reibnitz machte die deutschnationale Landtagsfraktion am Freitag den Versuch zur Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts. Im Verlauf der Landtagsführung stellte der deutschnationale Fraktionsführer fest, daß auch dieser Versuch gescheitert ist. Die Volkspartei lehnt die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung mit der Begründung ab, daß für sie aus der großen Koalition in Frage komme. Von deutschnationaler Seite wurde daraufhin ein Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt.

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz besaßte sich am Freitag mit dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den von seinem Amt zurückgetretenen sozialistischen Staatsminister von Reibnitz auch von der Weiterführung der Geschäfte zu entheben. Im Verlauf der Debatte schiedten alle bürgerlichen Parteien Redner vor. Man redete von diesem und jenem — nur nicht zur Sache.

Am Schluß der Debatte erklärte Landtagspräsident Dr. Foitz: „Bevor wir abstimmen, möchte ich auf die außerordentliche Gefahr aufmerksam machen, die in der Annahme des vorliegenden Antrages liegt. Sie würde einen ex-lex-Zustand herbeiführen. Das Reichskabinett ist hierüber unterrichtet. Es hat sich am Freitag vormittag mit der parlamentarischen Situation in Mecklenburg-Strelitz befaßt und als Reichskommissar Herrn Ministerialdirektor Dr. Haenschel mit der Aufgabe nach hier entsandt, den Versuch zur Bildung einer Regierung auf parlamentarischer Basis zu machen, bevor bei etwaigem Scheitern dieser Verhandlungen die Reichsregierung zu weiteren Beschlüssen schreiten müßte. Unter diesen Umständen schlage ich eine Vertagung des Landtages vor.“ Diefem Vorschlag wurde entsprochen. Am Montag um 10 Uhr vormittags tritt der Landtag wieder zusammen.

Regierungskrise im Zwergstaat

In Mecklenburg-Strelitz kam es durch Ablehnung des Kabinetts zu einer Regierungskrise.



„Halt, halt! In den Seilen geblieben!“

Der Terror in Bulgarien.

Eine Zuschrift des Justizministers.

Der bulgarische Justizminister Dr. Kulew schreibt uns: Aus der Nummer Ihrer geschätzten Zeitung vom 24. März erfahre ich von dem Vorhandensein irgendeiner Ausstellung „Blutiges Bulgarien“ in Berlin. Mit großer Bewunderung habe ich in der gleichen Nummer Ihrer Zeitung die Angaben gelesen, welche Sie aus den Ziffern dieser Ausstellung geschöpft haben und die Sie als wahr wiedergeben. In der Annahme, daß Ihre geschätzte Zeitung im gegebenen Falle untreulich das Opfer einer Irreführung geworden ist, wolle ich mich Ihnen gegenüber zu der Erklärung verpflichten, daß die von Ihnen wiedergegebenen Angaben absolut un wahr und böswillige Verleumdungen sind.

Ich weiß nicht, welche Statistiken und Tabellen in der genannten Ausstellung gezeigt worden sind, doch kann ich Ihnen versichern, daß die Behauptung, daß während der letzten Jahre in Bulgarien nicht weniger als 27000 politische Morde verübt worden sind, Phantasie ist. Sie wissen, daß unser Land vor zwei drei Jahren einen regelrechten Bürgerkrieg durchlebt hat, der von den Kommunisten heraufbeschworen wurde, welche am 16. April 1923 die Kathedrale Sveta Nedelja in die Luft sprengten, wobei 300 Männer, Frauen und sogar Kinder umkamen. Es ist natürlich, daß es bei einem derartigen Bürgerkrieg immer Opfer, und das auf beiden Seiten, gibt. Trotzdem aber muß ich erklären, daß ihre Zahl 200 nicht überschreitet. Nach dem Attentat wurden sieben Personen, welche in dem Attentat oder in den von den Kommunisten organisierten Arbeiterüberfällen verwickelt waren, verurteilt und exekutiert.

In das Reich der Fabel gehören auch die Ziffern, die von dieser Ausstellung über die Zahl der politischen Gefangenen in Bulgarien gegeben werden. Von 1924 bis heute wurden von der Exekution nachher 6 Amnestien gewährt. Heute sind lediglich die aktiven Elemente und Organisatoren der Banden, die des Mordes, schwerer Verwundungen usw. angeklagt worden waren, noch nicht amnestiert worden.

Außerdem sind bei festlichen Anlässen ebenfalls verschiedene Male Begnadigungen seitens des Staatsoberhauptes vorgenommen worden, die nicht wenig sind.

Die Ziffern, die Sie von der Ausstellung nehmen — 6370 Verurteilte, davon 350 zum Tode, 20 zu lebenslänglichem Zuchthaus und die übrigen zu insgesamt 7500 Jahren Gefängnis — sind Frucht einer neuen Phantasie. Wenn dies wahr wäre, so würden die Gefangnisse auch jetzt von Verurteilten überfüllt sein. Nachstehend nenne ich Ihnen die richtige Zahl der politischen Gefangenen:

Gegen den 1. November 1927 gab es 325 Gefangene auf Grund des Staatsstättengesetzes und von ihnen 480 endgültig Abgeurteilte und 113 Untersuchungsgefangene. Am Anfang dieses Jahres 1929 hatten wir noch denselben Gefangenen 435 Gefangene, von denen 374 endgültig Abgeurteilte und 61 Untersuchungsgefangene sind. Von den Verurteilten sind nur 7 Personen zum Tode verurteilt worden.

Schmuggler die Thucht ergriffen, besaß ein dritter die Geistesgegenwart, nach dem deutschen Zollhaus zu eilen, um den Vorfall mitzuteilen. Deutsche Polizei und Zollbeamte begaben sich an den Zollort und trugen den Schwerverletzten nach dem deutschen Zollhaus zurück, wo ihn die Sanitätskolonne abholte. Der Schwerverletzte wurde im Krankenhaus sofort operiert, sein Zustand ist befriedigend. Einer der Schmuggler wurde von den deutschen Behörden wegen unerlaubten Grenzübertritts in Haft genommen.

Pilsudski-Fonds fast aufgebracht.

Warschau, 12. April.

Zu den Handlungen des Sejms, die als feindselige Aktionen gegen Pilsudski aufgefaßt wurden, gehörte auch der Beschluss, den

indessen sind diese Todesurteile von der Krone nicht bestätigt worden.

Ich muß ebenfalls betonen, daß die Urteile des Staatschutzes von unabhängigen Richtern mit juristischer Ausbildung gefällt werden, welche gerade in politischen Prozessen oft genug hinreichende Beweise für ihre Unabhängigkeit und ihr freies Gewissen erbracht haben. Auch das Gesetz selbst ist nach dem Muster in Europa und Amerika in Kraft befindlicher ähnlicher Gesetze geschaffen worden und in gewissen Beziehungen milder als diese.

Unwahr ist ferner, daß „jede oppositionelle Tätigkeit mit Terror unterdrückt wird, jede Freiheit der Presse vernichtet ist“. In Bulgarien besteht eine oppositionelle Tätigkeit — Beweis hierfür ist die ziemlich große Zahl der oppositionellen Abgeordneten im Parlament und der oppositionellen Gemeinderäte. Allein in Sofia erscheinen 7 oder 8 scharf oppositionelle Bauern-, sozialistische und Arbeiterzeitungen.

Wie unrichtig die im Auslande in böser Absicht verbreiteten Nachrichten sind, zeigt auch die folgende Tatsache: Aus dem Auslande erhielten wir sehr Proteste gegen die Verhaftung des Schriftstellers A. Stroschimirow. Doch A. Stroschimirow selbst erklärt in der Presse, daß er von niemandem belästigt worden sei und daß er gegen diese Spekulation mit seinem Namen protestiere.

Ich hoffe gern, daß Sie an Hand dieser Mitteilungen so liebenswürdig sein werden und die in Ihrem gesch. Blatte veröffentlichten Angaben korrigieren. Ich füge hinzu, daß ich Ihrem sozialistischen Korrespondenten alle Ziffern zur Verfügung halte, die dieser verlangen würde.

Dr. Kulew, Justizminister.

Wie man sieht, läßt die Zuschrift die Terrorakte aus der Zeit vor dem Kathedrasattentat, also den Sturz der Bauernregierung Stamboliski und was ihm an Morden und Gräueltaten folgte, einfach unerwähnt, sondern beginnt mit jenem Attentat, dem 200 Menschen zum Opfer gefallen sind. Die legale Opposition, die mit der Ausstellung nichts zu tun hat, beziffert die Zahl dieser Gemordeten und Gemarterten auf 6000 und darüber!

Der Minister beruft sich darauf, daß seit 1924 sechs Amnestien gewährt worden sind. Die Opposition würde aber nicht dauernd eine vollständige Amnestie fordern, wenn sie nur Schwerverbrechern zugute käme!

Der Minister betont die Unabhängigkeit der Richter und die Modernität der Gesetze, schweigt aber von den Mistgerichten und ihren Schreckensurteilen!

Die bulgarische Regierung täte entschieden gut, dem Verlangen der Opposition nach Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu willfahren, damit die Wahrheit unter Kontrolle der Opposition festgestellt werde!

Dispositionsfonds des Kriegsministeriums zum Kampf gegen die Eplange zu streichen. Sogleich nach Bekanntwerden dieses Beschlusses begannen die Anhänger Pilsudkis für Spenden-sammlungen, um den Fonds wiederherzustellen. Ein sehr bedeutender Teil der notwendigen Mittel ist bereits aufgebracht. Eine Baronin Porzynnka hat allein 450 000 Zloty (225 000 M.) gespendet.

Zum Artikel Pilsudkis erfahren wir, daß das Organ der Pilsudki-„Sozialisten“ den Schrieb gleichfalls für 700 Zloty erworben hatte, aber nur Auszüge daraus veröffentlicht hat. Man führt das auf den Karger der Moraczewski-„Fraktion“ („Revolution“ nennen sie sich) zurück, daß Pilsudki sie nicht gelobt hat.

Verbrechen wider das Leben.

Hochbetrieb bei den Gerichten.

Die Schwurgerichte der Landgerichte I, II und III sind gegenwärtig in voller Tätigkeit. Es stehen fast nur Anklagen wegen Mordes, Totschlages und anderer Verbrechen wider das Leben auf den Spruchstühlen.

Nachdem das Schwurgericht I bereits in der vergangenen Woche mehrere Fälle des Mordes und Totschlages verhandelt hat, wird es heute über eine Anklage gegen den Invaliden Josef Rosada aburteilen haben wegen Körperverletzung mit Todesausgang. Dieser Fall hatte vor einiger Zeit Aufsehen erregt, weil das Schöffengericht sich gegen Rosada, der dort nur wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt war, für unzuständig erklärt hatte. Rosada hatte einen polnischen Landmann durch einen Messerstich verletzt. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht erklärte aber der hinzugezogene Arzt, daß der inzwischen eingetretene Tod des Verletzten eine Folge des Messerstiches gewesen sei. Interessant dürfte es sein, daß der Verteidiger vor dem Schwurgericht den Nachweis führen will, daß sich der ärztliche Sachverständige geirrt haben müsse, denn der Verletzte soll, bevor sein Tod eintrat, bereits als völlig geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden sein. Zu gleicher Zeit wird sich das Schwurgericht II mit der Anklage gegen die Eheleute Heißt wegen Totschlages und gefährlicher Körperverletzung zu beschäftigen haben. Die Ermordung eines Wanderburschen auf der Chaussee bei Lübars, die seinerzeit großes Aufsehen erregt hat, ist Gegenstand einer Anklage wegen Mordes gegen den Arbeiter Becker, die am Montag vor dem Schwurgericht III beginnt. Am Mittwoch hat dasselbe Schwurgericht über einen Totschlagsfall zu Gericht zu sitzen. Es liegt hier der wohl einzig dastehende Fall vor, daß der Angeklagte Fritz Bogt einen Totschlag begangen hat, nachdem er wegen desselben Verbrechen bereits einmal abgeurteilt worden war.

Schließlich wird sich das Schwurgericht III am Montag der darauffolgenden Woche mit einer weiteren Bluttat zu beschäftigen haben. Es handelt sich hierbei um eine Anklage gegen den Arbeiter Ernst Juch, der in der Silvesternacht in einem Gebüsch an der Heerstraße aus Eifersucht und Wut seine Braut Minna Lutter, nachdem er sie vorher mit der Keitpeitsche schwer mißhandelt hatte, erwürgt hat. Der 23jährige Angeklagte bestreitet jeden Tötungsvorfall und will in sinnloser Trunkenheit gehandelt haben.

Berufung im Langtopp-Prozess.

Die Staatsanwaltschaft II hat gegen das Urteil des Erweiterten Schöffengerichts Berlin-Schöneberg im Langtopp-Prozess Berufung eingelegt. Bekanntlich hatte das Schöffengericht entgegen dem Antrage des ersten Staatsanwalts Köhler den Farmer Heinrich Langtopp von der Anklage der räuberischen Erpressung freigesprochen und ihn nur wegen Bedrohung und Rötigung und unerlaubten Waffenbesitz zu fünf Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Die Freisprechung wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz dürfte bei der Berufungsverhandlung durch die Staatsanwaltschaft nicht angefochten werden, da von ihr selbst dieser Anklagepunkt fallen gelassen worden war. Wie der Berliner Gerichtsdienst soeben erfährt, haben auch die Verteidiger Langtapps den Urteil des Schöffengerichts Schöneberg ebenfalls durch Berufung angefochten. Der Langtopp-Prozess wird daher nochmals eine Neuauflage vor der Großen Strafkammer des Landgerichts II haben.

Kleinigkeiten aus Moabit.

Schnell, vielgestaltig wie das Leben selbst, tollt hier der bunte Film menschlichen Schicksals. Der Gastwirt R. hat im Jahre 1927 einen größeren Posten Markenzigaretten vom Händler A. im Rausch gekauft; 5 Pf. Ware, das Rille zu 27 M. Man findet in seinem Lokal von diesen Zigaretten, Stempel und Wasserzeichen erscheinen als gefälscht, er verkauft die Ware zum Normalpreis von 5 Pf. und wird angezeigt. Käufer und Verkäufer beteuern ihre

Koellität, bzw. sie erklären das ewige Auf und Nieder der Preisbewegung in der Zigarettenindustrie. Freispruch auf Staatskosten.

Während der Zeugenvernehmung begibt sich der Gerichtsdienner leisten, aber eiligen Schrittes in den Zuhörerraum, saß einen sanften Schläfer beim Krug und befördert ihn an die Luft. Ueberhaupt macht der Publikumsraum in den verschiedenen Verhandlungssälen den Eindruck eines Stammlokales. Viele bemühen ihn als wärmenden Aufenthaltsraum und naturhistorischen „Kientopp“. Sie schmunzeln, oder runzeln die Stirne, je nachdem ihnen die Vorstellung gefällt, und wenn sie zu Ende ist, dann gehen sie einen Stuhl höher oder tiefer und sehen sich den nächsten „Film aus dem Leben“ an.

Nebenan: Die Händlerin B., Vertreterin eines Abzahlungsgeschäftes, hat die ihr anvertraute Ware zum Teil zur Deckung ihres eigenen Unterkaltes verpfändet. Der Chef klagt. Vor dem Richter soll er die Schadenssumme von einigen hundert Mark detaillieren. Zuerst wird festgestellt, was ihn selbst die Ware kostet. Dabei schmelzen 300 M. im Nu auf noch nicht mal die Hälfte zusammen. „Arbeiten Sie da nicht mit etwas allzu hohem Gewinn?“ meint der Vorsitzende. Treuherrigen Blickes schüttelt der Kläger verneinend sein Haupt. Dies ändert aber nichts am Tatbestand, daß die Angeklagte, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, zehn Tage erhält, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Sie ist zwar kein unbeschriebenes Blatt und stand schon einige Male hart an der Zelle. Beim Urteilspruch aber kauft ihr Kopf, wie von der Guillotine getroffen nach unten, zwischen die beiden Handflächen. Einen Moment nur, dann reißt sie sich zusammen und wirft ihrem Feind einen bitterbösen Blick zu. „Nehmen Sie die Strafe an?“ heißt es weiter. „Ach nein, Herr Richter. Wenn man so in der Zelle sitzt, da hat man so viel Zeit zum Nachdenken über alles. Ich möchte zahlen, in Raten abbezahlen. Und auch wegen der anderen Sachen möchte ich einen Stundungsantrag einbringen.“ „Das können Sie alles machen, ab heute sind Sie so frei!“ Aber sie freut sich gar nicht so recht ihrer wiedergewonnenen Freiheit, die Gefängnisluft hat ihr ein wenig den Atem genommen und riesengroß steht die Furchtgestalt vor ihr: Vorbestrafte! Dabei hat sie ein Waterloo-Kind, und das große Elend nimmt sie nun wieder in seine übermächtigen Fänge.

Der minderwertige Hohenlohe.

Er kriegt nur fünf Monate Gefängnis.

Das Erweiterte Schöffengericht München-Land verurteilte Max Hugo Prinz zu Hohenlohe-Dehringen wegen einfachen Bankrotts zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten unter bedingtem Straferlaß bis zum 1. Januar 1934, mit der Hinzufigung, daß er innerhalb von sechs Monaten nach Rechtskraft des Urteils einen Betrag von je 5000 Mark an den Jugendfürsorgeverband und an den Verband zur Obforge für entlassene Strafgefangene bezahlt. Von der Anklage des Betruges in vier Fällen wurde Hohenlohe freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wurde als strafmildernd angeführt, daß die geistige Minderwertigkeit des Angeklagten offensichtlich sei. Das Gericht wäre zu dem Freispruch wegen Betruges gekommen, weil der Beweis nicht erbracht werden konnte, daß der Angeklagte bewußt falsche Vorspiegelungen gemacht hätte. Hohenlohe darf mit dem Urteil sehr zufrieden sein. § 239 der Reichskonkursordnung sieht bei betrügerischem Bankrott Zuchthaus und bei mildernden Umständen Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten vor. § 240 (einfacher Bankrott) bedroht mit Gefängnis schlichtweg. Da das Urteil § 263 RStGB. (Betrug)

fallen läßt, mußte auch § 239 der Reichskonkursordnung aufgegeben werden. Verwunderlich ist aber, daß Ziffer 1 § 240, der übermäßigen Aufwand, wie er in der prinzipialen Haushaltung ohne Zweifel vorlag, anführt, nicht strafverjährend wirkte.

Wir glauben nicht, daß ein Mensch aus niederen Volksschichten leicht so milde Richter findet. Erfreulich ist an dem Urteil, daß die 10 000 M. Geldstrafe für wirkliche humanitäre Zwecke Verwendung finden sollen.

Bier Flugplätze für Berlin.

Nach Fluggelände Adlershof soll städtisch werden.

Nachdem die Stadt Berlin das Staakenflugplatzgelände angekauft hat, sind jetzt Verhandlungen angebahnt worden, auch den Flugplatz Adlershof-Johannisthal, den alten historischen Flugplatz Berlins, in den Besitz der Stadt zu bringen, so daß die Reichshauptstadt dann im ganzen über vier verschiedene Flugplätze verfügen wird.

Stadtbaurat Dr. Adler erläuterte gestern vor Pressevertretern die Bestimmung dieser verschiedenen Flugplätze. Der Zentralflughafen Tempelhofer Feld soll wie bisher den Flugverkehr aufnehmen. Der Platz Staaken soll hauptsächlich dem Luftschiffverkehr vorbehalten bleiben und auch als Stützpunkt für die Bewirtlichung der sonst bestehenden Luftschiff-Fernverbindungen nach Amerika, Sibirien-Japan und England-Indien-Australien dienen. Der Flugplatz in Briesnau wird für die Zwecke der Versuchsanstalt für Luftfahrt und gewissermaßen als Vorflughafen für Tempelhofer Verwendung finden. Schließlich soll der alte historische Flugplatz Adlershof-Johannisthal, den die Stadt jetzt erwerben will, für die Zwecke des Sportfluges und der Industrie nutzbar gemacht werden.

Auch über die Gründe, aus denen die Stadt Berlin so großen Wert darauf gelegt hat, die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin zu erhalten, und ihr den Brier Flugplatz zur Verfügung gestellt hat, äußerte sich Adler. Mit dem Wissenschaftlichen Institut, das vor dem Kriege als Zentralforschungs- und Prüfungsstätte der Industrie und der Behörden gegründet worden ist, hängen unmittelbar die Fabrikationsunternehmungen der Flugzeugindustrie zusammen, so daß Berlin dadurch immer mehr zum Zentrum der Flugzeugindustrie werden wird und einer großen Anzahl von Arbeitern Beschäftigung geben kann. Die finanziellen Aufwendungen, die die Stadt Berlin gemacht hat, um das Institut der Reichshauptstadt zu sichern, sind wesentlich geringer als die Leistungen, die andere deutsche Großstädte dem Reichsverkehrsministerium angeboten hatten, um die DVB in ihren Räumern beherbergen zu können. Es ist anzunehmen, daß trotz der beim Reichsluftamt vorgesehenen Kürzungen, denen auch die 4 Millionen für die neuen Bauten der DVB in Briesnau zum Opfer gefallen sind, die Verlegung der Versuchsanstalt nach Briesnau erfolgen wird und die Bauten in Angriff genommen werden, da für diese Zwecke 1,8 Millionen bereits zur Verfügung stehen. Die DVB. muß nämlich Ende des Jahres 1929 aus Adlershof fortziehen, weil ihr das im privaten Besitz befindliche Gelände gekündigt worden ist.

Stadtbaurat Dr. Adler beantwortete bei der Gelegenheit noch die Frage, ob durch die vom Reichstag beschlossenen Kürzungen des Luftfahrtetat des Reichsverkehrsministeriums von 52 Millionen auf 24 Millionen der Berliner Luftverkehr in diesem Jahre stark eingeschränkt werden müßte. Er vertrat die Ansicht, daß unter diesen Umständen eine grundlegende Änderung der Organisation der deutschen Luftfahrt eintreten müsse, da sonst nur ein Bruchteil der Linien des vorigen Sommers aufrechterhalten bleiben könnte. Eine Folge der starken Etatstreichungen könne indessen sein, daß das System der deutschen Luftfahrt eine Änderung erfährt und daß dann auf anderer wirtschaftlicher Grundlage als bisher ein ausreißender regelmäßiger Luftverkehr gegründet wird. Bestimmte Vorschläge in dieser Beziehung seien für

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magrus).

„Ich habe keine Chips mehr,“ bedauerte Kearns. „Wir geben jetzt am besten Gutscheine.“ „Es freut mich, daß du nicht schlapp machst,“ lautete MacDonalds leutselige Antwort. „Ich bin noch nicht fertig. Ich habe schon tausend Dollar darin. Wie steht es jetzt?“ „Bringen' kostet dreitausend, aber es wird dich niemand hindern, mit mehr hineinzugehen.“ „Den Deibel will ich mehr! Du meinst wohl, ich bin gerade solch leichtsinniger Hund wie du.“ Kearns quakte in seine Karten. „Aber ich will dir was sagen, Mac. Ich hab' ne feine Karte, die dreitausend möcht' ich doch gerade noch mal bringen.“

Er schrieb eine Summe auf ein Stück Papier, setzte seinen Namen darunter und schob es in die Mitte des Tisches. Alle Augen richteten sich jetzt auf den Franzosen-Louis. Dar zapfte einen Augenblick nervös an seinen Karten. Dann warf er mit einem ärgerlichen „Zum Kukud! Nichts zu machen“ die Karten auf den Tisch.

Im nächsten Augenblick suchten die mehr als hundert Augenpaare Campbell.

„Ich will dich nicht überbieten, Jack,“ sagte er und begnügte sich, die nötigen zweitausend zu bringen.“

Jetzt richteten sich die Augen auf Harnish, der etwas auf ein Stück Papier schrieb, das er in die Mitte schob.

„Ich möchte nur bemerken, daß wir kein Wohlstandsverein für arme Kinder sind,“ sagte er. „Ich bringe' und noch tausend. Jetzt bist du dran, Mac.“

„Darauf habe ich gerade gewartet, und ich geh' noch tausend weiter,“ war MacDonalds Entgegnung. „Gehst du immer noch mit, Jack?“

„Aber sicher.“ Kearns beschäftigte sich lange mit seinen Karten. „Ich will's darauf ankommen lassen, aber erst sollt ihr wissen, wie ich stehe. Da ist mein Dampfer Bella —

der ist wenigstens zwanzigtausend wert. Dann Sixty Wise mit einem Warenlager für fünftausend. Und ihr wißt, daß ich eine Sägemühle erwarde. Sie ist jetzt in Linderman, und das Schiff ist im Bau. Bin ich euch gut?“

„Los, du bist gut,“ antwortete Daylight. „Und weil wir gerade dabei sind, so will ich auch gleich sagen, daß ich zwanzigtausend in Macs Geldschrank und noch zwanzigtausend im Boden von Mooshibe stecken habe. Du kennst ihn, Campbell. Steht soviel drinnen?“

„Sicher, Daylight.“ „Wieviel kostet es jetzt?“ fragte Kearns. „Bringen' zweitausend.“

„Wir überbieten dich doch nur, wenn du hineingehst“, warnte Daylight ihn.

„Ich hab' ne mächtige Chance“, sagte Kearns und fügte seinen Gutschein über zweitausend zu dem wachsenden Haufen. „Sie trabbelt mir ordentlich den Rücken herauf.“

„Ich hab' zwar keine große Chance, aber anständige Karten,“ erklärte Campbell, indem er seinen Gutschein hinschob; „aber ich kann nicht mehr überschlagen.“

„Das gehört mir,“ Daylight machte eine Pause und schrie. „Ich bringe' die tausend und noch so einen strammen Tausender.“

In diesem Augenblick tat die Jungfrau, die hinter ihm stand, etwas, das selbst der beste Freund eines Mannes nicht tun darf. Sie langte über Daylights Schulter, nahm die fünf Karten vom Tisch und besah sie sich, indem sie sie dicht vor ihre Brust hielt. Was sie sah, waren drei Damen und zwei Achten, aber niemand konnte es aus ihren Zügen erraten. Aller Augen waren auf sie gerichtet, aber sie verzog keine Miene. Ihr Gesicht hätte in Eis ausgehauen sein können. Nicht eine Muskel verzog sich; weder bebten ihre Nasenflügel noch kam ein stärkerer Glanz in ihre Augen. Sie legte die Karten wieder auf den Tisch, und die forschenden Augen der Männer ließen von ihr ab, ohne etwas erfahren zu haben.

MacDonald lächelte wohlwollend. „Ich bringe' noch zweitausend, Daylight. Wie steht es mit deiner Chance, Jack?“

„Immer noch da, Mac. Ihr habt mich jetzt fest, aber es ist 'ne Chance von der richtigen Sorte, und es ist meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit nicht locker zu lassen. Ich bringe' dreitausend. Und zudem hab' ich noch eine Chance: Daylight muß ja auch bringen.“

„Aber sicher,“ stimmte Daylight zu, nachdem Campbell

seine Karten hingeworfen hatte. „Er weiß, wann es darauf ankommt und spielt danach.“ „Ich bringe' die zweitausend und dann wollen wir kaufen.“

Und in der Totenstille, die nur von den leisen Stimmen der drei Spieler unterbrochen wurde, kauften sie. Vierunddreißigtausend Dollar lagen schon im Pot, und das Spiel war vielleicht noch nicht halb zu Ende. Zum Erstaunen der Jungfrau behielt Daylight seine drei Damen, warf seine Achten und zog zwei neue Karten. Und diesmal wagte nicht einmal sie zu sehen, was er gekauft hatte. Sie kannte die Grenzen ihrer Selbstbeherrschung. Auch er sah nicht nach. Die beiden neuen Karten lagen mit der Bildseite nach unten auf dem Tische, wie er sie bekommen hatte.

„Karten?“ fragte Kearns MacDonald. „Hab' genug,“ war die Antwort. „Du kannst kaufen, wenn du willst.“

„Danke, ich hab' genug.“

Kearns kaufte selbst zwei Karten, sah sie sich aber nicht an. Harnish ließ seine Karten immer noch auf dem Tisch liegen.

„Ich wette nie gegen eine Karte, die nicht zugekauft ist,“ jagte er langsam und sah den Wirt an.

„Los, Mac!“

MacDonald zählte seine Karten sorgfältig, um sich noch einmal zu vergewissern, daß sie nicht schlecht waren, schrieb eine Summe auf ein Stück Papier und legte es mit der einfachen Bemerkung: „Fünftausend“ in den Pot.

Kearns, auf den sich jetzt alle Augen richteten, sah auf seine beiden zuletzt gezogenen Karten, zählte die drei anderen, um jeden Zweifel auszuschließen, daß er nicht mehr als fünf Karten hätte und schrie auch etwas auf.

„Ich bringe', Mac,“ sagte er, „und noch ein kleines Tausend, nur damit Daylight weitergehen kann.“

Die Aufmerksamkeit sammelte sich wieder um Daylight. Er untersuchte ebenfalls seine Karten und zählte seine fünf Karten.

„Ich bringe' die sechstausend und noch fünftausend ... nur um zu versuchen, dich rauszubringen, Jack.“

„Und ich sehe fünftausend, um dir dabei zu helfen,“ meinte MacDonald.

Seine Stimme war ein ganz klein wenig heiser und angestrengt, und ein nervöses Zittern um die Mundwinkel begleitete seine Worte.

(Fortsetzung folgt.)

die nächste Zeit von der Flugzeugindustrie zu erwarten, die sich durch das jetzige System schwer benachteiligt fühle und die ebenfalls durch die Etatskürzungen schwer betroffen werde. Möglicherweise könnten auch durch einen Nachtragsetat oder auf dem Anleihewege neue Mittel beschafft werden. Außerdem müsse aber ein größeres Interesse für die Luftfahrt seitens der Reichspostverwaltung einfließen, wie das auch in anderen Staaten der Fall sei. Für allzu pessimistische Anschauungen sei jedoch kein Anlaß.

Neue Kriegsspiel-Opfer.

Explosion auf Minenleger. — 10 Tote, 30 Verletzte.

Aus Tokio wird gemeldet: Bei einer Minenexplosion auf dem japanischen Minenleger *Wakajima*, die sich bei einem Manöver ereignete, wurden 10 Mann der Besatzung getötet und 30 Mann verletzt.

Es wäre von Interesse, statistisch festzustellen, wieviel Menschenleben jährlich dem Kriegsspiel im Frieden zum Opfer fallen. Wir erinnern uns schmerzlich des Unglücks bei Detmold, bei dem zahlreiche junge Reichswehrsoldaten ihr Leben verloren, wir denken an den Erstickungstod der Matrosen in einem amerikanischen U-Boot, am 22. Juni in Brügge (Belgien), am 22. Juli in Cattaro (Jugoslawien), am 2. August in Olita (Litauen), am 6. August in Fort Cayeu (Rumänien), am 26. September in Melilla (Spanisch-Marokko), am 27. September in Mailand (Italien). Immer wurden junge Leben vernichtet. Wann zieht die Menschheit die Fesseln?

Der Arztkonflikt im Krankenhaus.

Eine Erklärung der Kreisverwaltung.

Zu den Mitteilungen über den Arztkonflikt im Lichterfelder Studenten-Kreis-Krankenhaus wird aus der Kreisverwaltung mitgeteilt:

„Als der langjährige Direktor des Studenten-Kreis-Krankenhauses, Geheimrat Professor Dr. Kiese, im Juni vergangenen Jahres verstorben war, wurde vom Kreisgesundheitsrat die Verwaltung des Verwaltungsausschusses des Krankenhauses, der sich zur Hälfte aus sachverständigen Herren der Stadt Berlin zusammensetzt, beschloss, zu seinem Nachfolger nicht den langjährigen Vetter der inneren Abteilung, Professor Rautenberg, zu wählen, sondern es wurde für diesen Posten der Chirurg Professor Dr. Dönig in Aussicht genommen, der bisher im Krankenhaus nicht beschäftigt war und der jetzt endgültig als Direktor des Krankenhauses angestellt ist. Schon unmittelbar nach der Berufung dieses Herrn legten in dem Hause Intrigen gegen seine Person ein, und es wurde insbesondere die völlig unwahre Behauptung aufgestellt, daß dieser Herr aus politischen Motiven dem Herrn Professor Rautenberg vorgezogen worden sei. Die Agitation gegen den Direktor nahm immer schärfere Formen an und zwang Kreisgesundheitsrat und Verwaltungsausschuß, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, als Herr Professor Rautenberg einen Kranken, der nach seiner Ansicht operiert werden mußte, nicht der chirurgischen Abteilung überwies, sondern in ein fremdes Krankenhaus schickte, wo er am zweiten Tage nach der Operation verstarb. Die Behauptung, daß Professor Dönig Prostaoperationen nicht vornimmt, ist unwahr. Den in der Zeitung veröffentlichten Prostaoperationen mit tödlichem Ausgang stehen Heilungen gegenüber, und zwar in einer Zeit, wie sie bei dieser schweren Krankheit dem Durchschnitt der besten Klinik entspricht. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, muß sich die Verwaltung verweigern, es sei nur noch erwähnt, daß die Entlassung des Herrn Professors Rautenberg nicht irrtümlich erfolgt ist, sondern, daß ihm zum 1. Juli gekündigt worden ist, wobei ihm allerdings mitgeteilt wurde, daß die Verwaltung im Interesse der Ordnung des Krankenhauses auf seine Dienste sofort verzichtete. Lebenslanglich angestellt war Professor Rautenberg natürlich nicht.“

Grzesinski beim Neutöllner Reichsbanner.

Der Ortsverein Neutölln-Brig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold feiert am Sonnabend, dem 13. April, in der „Neuen Welt“ seine fünfjährige Bundesgründung. Der preussische Minister des Innern Albert Grzesinski hat die Festansprache übernommen. Reichstagsabgeordneter Dr. Heinrich Krohn und Landtagsabgeordneter Ruchle werden außerdem Ansprachen halten. Im Namen des Bezirksamtes Neutölln wird Stadtrat Radtke die Rundgebung begrüßen. Die Veranstaltung beginnt mit einem Kongertel, der von dem Musikcorps „Reichsbanner Neutölln“ bestritten wird. Mit einem Fahnenmarsch und einem Janjarenmarsch, geleitet von dem vereinigten Fanfaren-, Tambour- und Musikcorps, beginnt der Festakt. Dann wird Heinrich Witte zwei Gedichte sprechen. Es folgen die Ansprachen. Der Sprecher der proletarischen Festfreunden wird das Sprechwort „Hahn der Republik“ von Dr. Franz Rothfelder unter Leitung von Albert Florath und Mitwirkung von Heinrich Witte zur Ausführung bringen. Mit dem Schutzbandmarsch schließt der Festakt.

Sonntagsausflügler Rottbuser Tor.

In der Nacht vom Sonnabend, dem 13., zum Sonntag, dem 14. April, sollen auf dem neuen Hochbahnhof Rottbuser Tor die Arbeiten für den Anschluß dieses Bahnhofs an den jetzt befahrenen Hüllsodaback vorgenommen werden. Da diese Arbeiten sehr schwierig sind, wird es nicht möglich sein, sie in den wenigen Stunden, die zwischen Betriebsstillstand und -anfang liegen, zu bewältigen. Aus diesem Grunde wird der Verkehr zwischen den Bahnhöfen Maridauer Straße und Hüllsches Tor am Sonntag, dem 14. April, erst gegen 7 Uhr morgens aufgenommen werden können. Zwischen Hauptstraße (Schöneberg) bzw. Uhlendorferstraße (Kurfürstendamm) und Hüllsches Tor werden dagegen die Züge planmäßig fahren.

Ein neuer Feuerrettungsapparat.

Auf dem Hof des Feuerwehrrdeposits Pantow wurde der Presse ein neuer Rettungsapparat gezeigt, der durch seine einfache Anwendung und sichere Funktion sehr für sich spricht. Der Apparat besteht aus zwei dünnen Drahtseilen, die an einer Verankerung in einem Etagenfenster befestigt werden. Die beiden anderen Enden hängen zur Erde herab. Die beiden Seile werden durch einen Ring geführt, der mit der zu rettenden Last an den Seilen hinabgelassen wird. Werden nun die beiden Seilenden von Personen, die unten stehen, gehalten und auseinandergezogen, so gleitet der Ring entsprechend der Verdrängerung der noch unten stehenden Seile langsamer, ja, man kann die daran hängenden Menschen inmitten des Abgleitens direkt aufhalten. Der zu Rettende wird in einem Dachdeckergurt mit Karabinerhaken in den Ring eingehängt. Bei eiligen Rettungsfällen würden besonders Mutige sich jedenfalls schon mit der Grifführung am Ring allein behelfen. Auf den Drahtseilbahnen der Rummelplätze, denen jedenfalls die Idee des Apparates entnommen worden ist, haben früher jung und alt das kleine wogentunige Kunststück probiert. Der sehr einfache und in

Das „Bravo“ vom Grafentisch.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Der „Volkszeitung“ aus dem Riesengebiet wird aus Anlaß des Kriminalfalles Stolberg-Janowitz eine Notiz zur Verfügung gestellt, die wert ist, weiteste Verbreitung zu finden. Es heißt darin:

„Der Tod des Grafen Eberhard ruft in mir ein Borkommnis aus der Sturmzeit Dezember/Januar 1918/19 wach. Als ich im Dezember 1918 den Militärarrest ausgezogen hatte, erwarteten mich bald öffentliche Versammlungen, in denen die Wahl zur Nationalversammlung besprochen werden sollte. Die Genossen von Janowitz hatten ebenfalls eine öffentliche Volksversammlung angeleitet. Schon eine halbe Stunde vor Beginn waren der große Saal und der angrenzende Raum des Gerichtsfestschmies bis auf den letzten Nagel besetzt. In einem Tisch saßen Herrschaften, die schon durch ihr Verhalten auffielen. Auf meine Frage teilten mir die Janowitzer Genossen mit, daß es die gräßlichen Herrschaften seien. Als ich mit meinem Koffer beginnen will, drängt sich ein Genosse durch die Versammlungsbühnen und überreicht mir ein Extrablatt. Ich lese: „Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin ermordet.“ Ich trage den Inhalt dieses Flugblattes vor mit der Bemerkung: „So weit ist der politische Fanatismus gekommen, eigene Volksgenossen wegen ihrer politischen Ueberzeugung wie Tiere abzuschlachten!“

Während ich den Inhalt des Extrablattes vortrug, ertönte eine Stimme vom eben genannten „Krisotratentisch“: „Bravo! Das

Bravo war von einer Person dieser Tischgesellschaft gerufen worden. Der Versammlung bemächtigte sich zunächst eine starke Unruhe, bis ich auf den Zwischenruf einging. Ich sagte: Keine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe während des Krieges Schlimmes und Grauenhaftes erlebt, kaum aber so eine Gefühlshöhe, wie sie dem Zwischenrufer zu eigen sein muß. Man mag über den Spartakismus denken wie man will, man kann ihn bekämpfen, nicht aber kann man den Ermordeten das Mitgefühl verweigern. Sie waren Menschen und nicht die Schafstöpfe. Wir stehen vor einer Tat, die von jedem Menschen zu verurteilen ist. Wenn der Zwischenrufer „Bravo!“ rief, so rufe ich ihm zu: „Psui!“ Meine Damen und Herren von diesem Tisch! Jedem Raubmörder, den die ganze Stränge des Gesetzes trifft, wird man ein Mitgefühl nicht verweigern, wenn er in seiner letzten Stunde vor dem Scharfrichter steht. Keinem Menschen würde es einfallen, in dieser Stunde „Bravo!“ zu rufen. Ihnen aber bleibt es vorbehalten, über den Tod von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre Gefühle in dieser recht zweifelhaften Weise zum Ausdruck zu bringen. Ich wünsche Ihnen nicht, daß Ihre Familie eines Tages ein ähnliches Geschehniß, wie es die Familie Liebknecht jetzt trauert, treffen möge und daß sich dann ein Zwischenrufer fände, der „Bravo!“ ruft.

Wer hätte damals geglaubt, daß zehn Jahre später der Familie Stolberg ein Familienmitglied auf ähnliche tragische Art getrauert wird wie seinerzeit der Familie Liebknecht?“

Waffenherstellung sicher auch billige Apparat sollte in keiner Berliner Schule fehlen, wie er auch überall in Fabrikanlagen, Hinterhäusern usw. am Platze ist, wo sich die Rettung von Menschenleben aus den oberen Etagen schwierig gestaltet. Das Abgleiten im Ring selbst aus höchster Höhe, gibt nicht das geringste Gefühl der Unsicherheit. Der Berichterstatter konnte sich persönlich davon überzeugen. 10 bis 12 Personen können bequem in der Minute an den Seilen herabgelassen werden.

Ein gewalttätiger Oberreiter.

„Was fängt man bloß mit Ihnen an.“

Sehr peinliche Vorgänge im Standortlazarett Potsdam waren Gegenstand einer Verhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht. Wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten ist der 24jährige frühere Oberreiter Bruno Wille vom Reiterregiment 4 in Potsdam angeklagt.

Der Angeklagte hat das Schlächtergewerbe erlernt und ist wegen Tierquälerei an Regimentspferden mit verschärftem Arrest vorbestraft. Ein Sturz mit dem Motorrad scheint die Gesundheit des Angeklagten schwer erschüttert zu haben, trotzdem er von den Stabsärzten als beschwerdefrei nach dem Unfall aus der Krankenbehandlung entlassen wurde. Eines Tages lag der Angeklagte im Standortlazarett Potsdam wegen verschiedener Kopfschmerzen. Hier erschien öfter ein Knabe, der heimliche Bestellungen von Obst und Rauchwaren von dem kranken Soldaten trotz Verbots entgegennahm. Eines Tages bemerkte der Stationsausseher, ein Sanitätsunteroffizier, eine heimliche Obduktion am Bett des Angeklagten. Er gab die Parole aus: „Warte zurück, Geld zurück.“ Ein Wort gab das andere, plötzlich schrie der Patient: „Was kümmern Sie sich hier auf meinem Bett?“ und schon erhielt der Unteroffizier von W. schwere Stöße vor die Brust. Als der Unteroffizier das Krankenzimmer verließ, um Meldung zu erstatten, ließ ihm B. nach bis zum Korridor, warf den Unteroffizier zu Boden und schrie: „Du hast mir gar nichts zu sagen.“ Wieder ins Bett gebracht, blieb der Angeklagte leichenblau und erschöpft liegen. Vorher hatte der Jahrgang einmal ein Grammophon zertrümmert, eine Arrestzelle demoliert, und bekommen. Das Erinnerungsdormen war nach den Wutausbrüchen wie ausgelöscht.

Drei Ärzte stritten um die Anwendung des § 51. Ein holländischer Psychopath, sagt einer, ein geistig nicht ausgeglichener Mensch mit stark gesteigerter Erregbarkeit. Gefährlich, wenn dieser Mensch das Schlächtergewerbe wieder ausüben muß, wo er mit Beil und Messer zu hantieren hat. Der dritte Sachverständige sprach von einer Aistethandlung. Robust, gleichgültig stand der Angeklagte da, vom Militär entlassen, jetzt wieder Schlächter.

Der Staatsanwalt beantragte die Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis. Das Schöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Warmuth sprach den Angeklagten auf Staatskosten frei, da die Möglichkeit besteht, daß bei ihm die freie Willensbestimmung bei Begehung der Tat ausgeschlossen war. Der Vorgesetzte aber sagte noch der Urteilsverkündung: „Man Gottes, was fängt man nun bloß mit Ihnen an bei Ihrer gesteigerten Erregbarkeit? Man kann Sie doch nicht mit Schlächterbeil und Messer auf die Menschheit loslassen!“

Ein vielfacher Lebensretter. Dem 62jährigen Ruhestandsbeamten Karl Beckedorf, der schon in verschiedenen Fällen Menschen vom Tode des Ertrinkens rettete, ist für die im Juli 1928 im Hahnenklee mit großer Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines jungen Mädchens die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

Funkwinkel.

Einen besonders anregenden Vortrag zum Wochenende hielt Dr. G. R. Ubertadt „Frühling in märklichen Bergwäldern“. Er verstand es, seine Ausführungen aus dem Gefühl der eigenen Wanderfreudigkeit heraus bildhaft und poetisch zu gestalten — ohne angelegentlich literarisch zu sein. Das vergessene Schloß und der Park von Friedrichsfelde, die lockende märkische Schönheit im weiteren nördlichen, östlichen und südlichen Umkreis von Berlin, wurden den Zuhörern geschildert, auf einige der schönsten Wanderungen noch besonders hingewiesen, die Fahrpreise sehr man — kurz, es sollte nicht, als die Garantie für das richtige Frühlingswetter, damit man sich gleich am nächsten Wochenende nach einem dieser Ziele aufmachen konnte. — In seinem Vortrag „Vedenakunst“ sprach Ministerialrat Dr. med. Alfred Meyer über „Die Weltanschauung des Vedenmenschen“. Sie soll gegenwartsbewußt und lebensbejahend sein. Nach dir dein Bild von der Welt, sondern erkenne sie, wie sie wirklich ist — letzte Dr. Meyer. In der wirklichen Welt mußt du leben, dich bewegen. Nur wenn du sie kennst, wirst du ohne allzu große Schweregefühle dazu imstande sein. Die Lehre Dr. Meyers klingt ein wenig ernüchternd; aber sicher dient sie dazu, das Leben für den einzelnen — und damit auch für die Gesamtheit — zu vereinfachen. — Ein Abendkonzert, besonders hübsch durch den ersten, Karl Maria von Weber gewidmeten Teil, wurde von Selmar Remann und dem Fünfsorchester ausgeführt. Weber ist der vielseitigste, künstlerisch hochwertigste Komponist — wie Mozart der volkstümliche Meister der Musik ist. Man sollte sich der zum Teil sehr dergelehrten Weberkompositionen öfter annehmen; es sind noch manche Perlen darunter. Les.

Brandstiftungen in Mondnächten.

Ein eifriger Feuerwehrmann als Täter.

Köln, 10. April.

In der Gegend von Kröpp an der Mosel waren innerhalb von vier Wochen nacheinander und zwar jedesmal in Mondnächten, sieben Gebäude eingedörrt worden. Die Behörden hatten auf Ermittlung des Brandstifters 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Man glaubte zunächst, daß die Brände von einem Rohnbühnen angelegt worden seien. Die Kölner Landeskriminalpolizei hat jedoch nunmehr den Täter in der Person eines Feuerwehrmannes aus Kröpp ermittelt, der aus Eitelkeit zum Brandstifter geworden war. Er gesteht sich nämlich darin, in seiner schmucken Feuerwehruniform herumzugehen, wozu ihm die angelegten Brände die erwünschte Gelegenheit boten.

Hilf für Trost! Unter diesem Titel veranstaltet die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ E. B. am Montag, dem 15. April 1929, 20 Uhr, eine Kundgebung im ehemaligen Herrenhaus, in der Paul Beny, M. d. R., Graf Harry Rehler, Otto Ruchle, M. d. L., und andere sprechen werden. Karten zu dieser Kundgebung sind bei der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ R. 24, Rauhauptplatz 10, Eingang 1, täglich in der Geschäftszeit von 9—17 Uhr, gegen Zahlung von Mk. 1.— erhältlich.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einladung für die Jugend zur am 14. April 1929 in der Schulaula Panziger Str. 23. Eröffnen aller Teilnehmer im Vorfeld.

Die Berichtsbogen vom 1. Quartal und Mai-Programme müssen sofort eingereicht werden.

Beziehungen zu den großen öffentlichen Versammlungen am 14. April, 1929: 10 Uhr: Hermann-Salle, Märkische 142; 11 Uhr: Friedrichshagen; 12 Uhr: Friedrichshagen; 13 Uhr: Friedrichshagen; 14 Uhr: Friedrichshagen; 15 Uhr: Friedrichshagen; 16 Uhr: Friedrichshagen; 17 Uhr: Friedrichshagen; 18 Uhr: Friedrichshagen; 19 Uhr: Friedrichshagen; 20 Uhr: Friedrichshagen; 21 Uhr: Friedrichshagen; 22 Uhr: Friedrichshagen; 23 Uhr: Friedrichshagen; 24 Uhr: Friedrichshagen; 25 Uhr: Friedrichshagen; 26 Uhr: Friedrichshagen; 27 Uhr: Friedrichshagen; 28 Uhr: Friedrichshagen; 29 Uhr: Friedrichshagen; 30 Uhr: Friedrichshagen.

Heute, Sonnabend:

Kollwitz 17, R. 1: 10 Uhr: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

100. Geburtstag: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

100. Geburtstag: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Morgen, Sonntag:

Werkebezirk Ost: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk West: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk Mitte: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk Süd: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk Nord: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Schönhafer Vorstadt: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk Südwest: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Werkebezirk Nordwest: Hermann-Salle, Treffpunkt 19½ Uhr: Hermann-Salle, 20 Uhr: Hermann-Salle, 21 Uhr: Hermann-Salle, 22 Uhr: Hermann-Salle, 23 Uhr: Hermann-Salle, 24 Uhr: Hermann-Salle, 25 Uhr: Hermann-Salle, 26 Uhr: Hermann-Salle, 27 Uhr: Hermann-Salle, 28 Uhr: Hermann-Salle, 29 Uhr: Hermann-Salle, 30 Uhr: Hermann-Salle.

Jetzt gibt es
Pixawon
die wundervolle goldklare Haarwaschseife für jedes Haar, auch als Shampoo für 30 Pfennig

Konflikt bei der Reichsbahn. Die Spannung in Sachsen.

In der erweiterten Sitzung des Bezirksvorstandes in Sachsen die am Donnerstag in Dresden stattfand und über die wir bereits kurz in unserer Abendausgabe vom Freitag berichteten, wurde gegen eine erhebliche Minderheit, der der Beschluß nicht weit genug ging, eine Entschliebung angenommen, in der es heißt:

„Nach sehr schwierigen Beratungen erklären der Bezirksvorstand und die Bevollmächtigten, daß zunächst, wenn auch angesichts der vorhandenen gereizten Stimmung der Kollegen sehr große Bedenken dagegen bestehen, das Ergebnis der von den Spitzenverbänden bei der Reichsbahn und der Reichsregierung eingeleiteten Verständigungsaktion abzuwarten sei. Dabei wird unbedingt erwartet, daß die erneuten Verhandlungen schnellstens zum Abschluß gebracht werden. Im übrigen haben die Funktionäre in den Ortsgruppen des Verbandsbezirks alle Streikvorbereitungen, insbesondere auch die rein organisatorischer Art, reiflos zum Abschluß zu bringen. Die geschäftsführende Bezirksleitung wird vom Bezirksvorstand beauftragt, den Verhandlungsvorstand in Berlin nachdrücklich auf die in Sachsen bestehende äußerst gespannte Lage besonders aufmerksam zu machen.“

Heute ist Urwahl im Sattlerverband!

In Massen von Flugblättern und in Schimpf- und Lügenzetteln der „Roten Fahne“ versuchen die Moskowiter, die heutige Urwahl zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Da sie einen sachlichen Kampf zu führen nicht fähig sind, versuchen sie mit den verächtlichsten Lügen persönlicher Art die Kandidaten der Amsterdamer Richtung herabzusetzen. Ihnen heute die notwendige Qualifikation zu geben, ist höchste Pflicht der Kollegenchaft. Noch entschiedener als bei den letzten Wahlen zur Ortsvereinstellung müssen die Mitglieder diese beschämenden Methoden abschütteln und einmütig zur Wahl gehen und

für die Liste Amsterdam stimmen.

Der Streit in Hennigsdorf beendet!

Die Verschlechterungen abgewehrt.

Vor fast drei Monaten brach im Stahl- und Holzwerk Hennigsdorf ein Streik unter den Walzwerksarbeitern aus, weil die Direktion die Affordpreise reduzieren wollte. Infolge der Stilllegung der Walzwerke durch den Streik schritt die Firma zur Absperrung der noch im Betriebe vorhandenen Arbeiter.

Nach kurzer Dauer des Streikes rief eine sogenannte „kommunistische Kampfleitung“ die Führung des Streikes an sich. Unter der glänzenden Führung dieser „Kampfleitung“ nahm der Streik oft Formen an, die mit einem disziplinierten gewerkschaftlichen Kampf nichts mehr zu tun hatten und, wie die Erfahrung der Nachkriegszeit gelehrt hat, noch niemals erfolgreich war.

Nach mehrmaligen Verhandlungen zwischen der Werksleitung bzw. dem BMM und den Gewerkschaften ist es nunmehr gelungen, eine Vereinbarung zu treffen, durch die der größte Teil der geplanten Verschlechterungen und ein völliges Verbot der Bewegung verhindert worden ist. Die Affordpreise bleiben die gleichen wie vor dem Streik mit Ausnahme des Platinwalzwerkes, wo die Affordpreise mit Rücksicht auf die Mehrleistung eines umgebauten Ofens neu reguliert werden sollen. Durch diese Restfestsetzung der Affordpreise darf der bisherige Effektivdienst aber nicht gesenkt werden. Die Wiedereinstellung der Streikenden erfolgt unter Berücksichtigung der betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In der Vereinbarung sind weiter die Urlaubsansprüche der wieder eingestellten Streikenden und Ausgesperrten, die Rückzahlung der Umzugskosten usw. derart geregelt, daß die von der Firma geplanten Verschlechterungen auf ein Minimum reduziert worden sind.

Da die Abstimmung über dieses Verhandlungsergebnis unter den organisierten Streikenden keine Mehrheit für die Fortführung des Streikes ergab, haben die Gewerkschaften den Streik für beendet erklärt und ihren Mitgliedern davon schriftlich Mitteilung gemacht.

Betriebsrätewahlen im Bankgewerbe.

Vormarsch der freien Gewerkschaft.

Die Betriebsrätewahlen in der Darmstädter und Nationalbank und in der Kommerz- und Privatbank, die gestern stattfanden, haben die bisher schon überragende Stellung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten noch weiter verstärkt, indem in beiden Institutionen die freigewerkschaftliche Liste ihre Mandatsziffern vergrößern konnte.

In der Darmstädter und Nationalbank stieg die Anzahl der freigewerkschaftlichen Stimmen auf 1147, während der DBB an Stimmenzahl eingebüßt hat. Im Betriebsrat errang der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten 10 Sitze gegenüber 3 (s. B. 4) des DBB. Die Oberbeamten erhielten einen Sitz. Der DBB ging leer aus. In der Kommerz- und Privatbank stiegen die freigewerkschaftlichen Stimmen um 160 auf 1280. Hier entfallen auf die freigewerkschaftliche Liste 9 Betriebsräte, auf den DBB und die Oberbeamten je 2 und auf den DBB 1 Sitz. Auch hier hat der Deutsche Bankbeamtenverein Stimmen verloren.

Für die Bankleitungen bildet dieser Wahlausgang ein unmißverständliches Thermometer über die Stimmung in den Reihen der Bankangestellten angesichts der bevorstehenden Tarifverhandlungen.

Verhandlungen für Reichsarbeiter gescheitert.

Der Reichstag muß zu seinem Entschluß stehen.

Die neuen Verhandlungen zur Regelung der Löhne der Reichsarbeiter sind gescheitert. Das Reichsfinanzministerium zeigte sich unnachgiebig. Die Organisationsvertreter waren bis zum Schluß der Verhandlungen bemüht, die Grundlagen für eine Verständigung zu schaffen. Sie waren sogar unter be-

stimmten Voraussetzungen damit einverstanden, daß die Verhandlung bis zur Klärung der Reparationsfrage ausgesetzt werden. Die Voraussetzungen waren: 1. Allgemeine Lohnerhöhung im Zusammenhang des Durchschnitts der Erhöhung, wie sie die Arbeiterschaft in den Kommunal- und Privatbetrieben erhält, 2. Lohnausgleich für die Arbeiter, deren Arbeitszeit bisher 51, bzw. 54 Stunden betrug und auf 48 bzw. 51 Stunden herabgesetzt wurde, und 3. Erhöhung der zurzeit gestunkenen Dienstalterszulagen um je 1 Pfennig. Auch diese wertlich bescheidenen Forderungen wurden vom Reichsfinanzministerium fast reiflos abgelehnt. Sein Vertreter erklärte, nach Ansicht des Ministeriums könne auch nach Abschluß der Reparationsverhandlungen mit einer allgemeinen Lohnerhöhung nicht gerechnet werden.

Die Organisationsvertreter lehnten nach dem Scheitern der Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium es ab, sofort in Verhandlungen über die Lohnregelung der preußischen Staatsarbeiter einzutreten. Das ging dem preußischen Staatsministerialrat Dr. Becker, derart auf die Nerven, daß er alle Haltung verlor. Eine Fortführung der Verhandlungen war unter diesen Umständen nicht mehr möglich.

Steinseher und Berufsgenossen!

Morgen, Sonntag, Urabstimmung der Bezirke Potsdam und Mittenberg im Volkshaus.

Gaukonferenz der Landarbeiter.

Große Fortschritte.

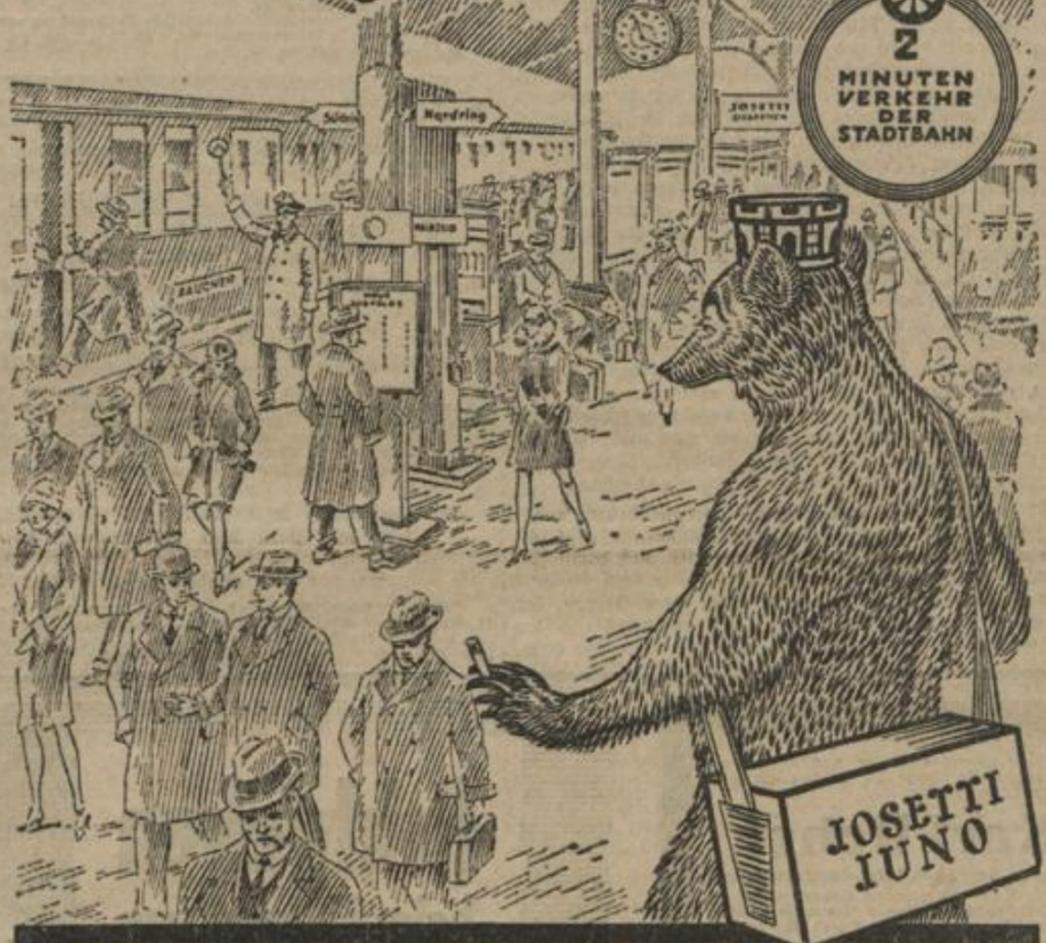
Dieser Tage fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Gauverbandes Brandenburg-Grenzmark des Deutschen Landarbeiterverbandes statt. Sie bildete den Auftakt zur Generalversammlung des Gesamtverbandes im Juni.

Nach Gefangensvorträgen des Friedrich-Heger-Chors und den Begrüßungsansprachen gab der Gauleiter Schmaus den Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Von viel Arbeit und Mühe zeugten die Zahlen, die er nannte, 1428 Versammlungen in Ortsgruppen und Zahlstellen, 1018 sonstige Versammlungen, 566 Hausagitationen und Flugblattverbreitungen, 189 Konferenzen im ganzen Gau und 542 Abrechnungen und Revisionen in Ortsgruppen und bei Kreisleitern. Ungezählt sind dabei vor allem die vielen Versammlungen anlässlich der Wahlen.

Daß alle diese Arbeit nicht umsonst geleistet wurde, zeigt die Mitgliederbewegung. Über 6000 Neueintritte und 56 neue Ortsgruppen weist der Bericht gegen 1927 auf. Der Bildungsarbeit wurde mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden, denn immer größer wird die Zahl der Landarbeiter, die die Landarbeiter-schaft in den Einrichtungen der Sozialversicherung, der Krankenkassen und der Arbeitsgerichte vertreten muß. Ungeheuer groß ist die Zahl der geführten Klagen. Sie zeugen von der noch oft recht großen Rechtslosigkeit des Landproletariats.

Die Diskussion zeigte eine erfreuliche Einmütigkeit. Scharf

Was sagt der Bär?



Alle 2 Minuten einen Zug

durch Berlin zu führen, ist eine hervorragende Leistung der Stadtbahn. Aber jeden Augenblick den Raucher zu einem Zuge aus seiner Cigarette zu veranlassen, diesen Record hält nach wie vor nur

Josetti Juno

Berlins meistgerauchte 4/5 Cigarette



W. Wereschajeff: Im entlegenen Winkel

Drei Tage und drei Nächte dauerte es schon. Das gebärende junge Weib lag auf dem Rücken, die Arme kraftlos zu beiden Seiten des Körpers, Schweißperlen auf dem Gesicht. Mit zerquälter Stimme wiederholte sie unablässig:

„Mütterchen, himmlische Königin, erbarme dich meiner!“ — stöhnte sie periodisch und langgezogen.

Die junge Heilgehilfin und Hebamme Sina Kwasowa trat in die Wohnstube und sagte zu dem hochgewachsenen Alten:

„Man muß zum Arzt fahren, und zwar möglichst schnell. Die Lage ist sehr ernst.“

„Herr Gott, Bürgerin, tun Sie, was in Ihren Kräften steht! Jegorka, spann an.“

Sina trat auf die Schwelle des Hauses, setzte sich aufs Geländer. In einer goldschimmernden Staubwolke entschwand das Führwerk des Ehegatten Jegor. Der Duft blühenden Fiedlers entströmte dem Garten des ehemals fürstlichen Gutes. Jaghaft erhob sich Nachtigallenschlag. Auf Sinas kurzgeschneittenem Blondhaar spielte Sonne. Selbst war der Ausdruck des Gesichtes mit den weit auseinander stehenden Augen. Doch alles verschönte die Jugendlichkeit dieser Augen und das sanfte Rot der Wangen.

Sina sorgte, der Arzt könnte zu spät kommen. Doch helle Freude war in ihrem Herzen. Sie liebte den Arzt insgeheim. Hochgewachsen, selbstlicher wie stets, mit kräftigen Armen eines Sportmannes, wird er gleich eintreten — und alles ringsumher wird fest werden, ruhig und sicher.

Auf die Schwelle trat der Alte. Finster und böse waren seine Lippen, doch er verzog sie zu verbindlichem Lächeln:

„Na, Bürgerin, geben Sie sich Mühe! Ich hätte gar zu gern einen Enkel. Wenn alles gut geht, sollen Sie eine Gans haben!“

„Aber! Was denken Sie eigentlich! Wenn nur der Doktor zeitig genug kommt! Sie tun: nicht selbst gebären, das Kind könnte ersticken. Doch er wird die Jange anlegen, das Kind wird am Leben bleiben und auch Kuslina.“

„Ja — ja — ja? Mit Jangen soll das Kind aus ihr herausgezogen werden?“

Sina befrann sich. Stets hatte der Doktor ihr eingeschärft, die Entbindungszange als Köffel zu bezeichnen.

„Es sind eigentlich keine Jangen, sondern Köffel.“

„Sie kann man in ein lebendiges Weib eine Jange stecken? Ihr werdet ihr alle Eingeweide zerreißen.“

Der Wortstreit löste die Alte herbei.

„Hör nur, Marfa, wozu die Bürgerin nach dem Doktor geschickt hat. Jangen, sagt sie, müssen in Kuslina gesteckt werden, um das Kind herauszuziehen!“

„Mutter Gottes, himmlische Königin! Was redest du da?“

„So sah dir doch Jagen, es sind keine Jangen!“

„Sie haben es ja selbst gesagt — Jangen. . . Kein Zweifel, daß ihr dem Kinde den Kopf abreißen werdet.“

„Aber nicht doch! Es wird lebendig herauskommen!“

„Das Kind mit Jangen am Kopf ziehen, und da soll es leben? Reden Sie doch keinen Unsinn, Bürgerin, nein, wir willigen nicht drein.“

„Die Sie wollen, doch ich warne Sie: ohne Operation muß Ihre Schwiegertochter mit Gewißheit sterben.“

„Und mit der Jange — wird sie nicht sterben?“

Sina verwirrte sich.

„Mit Bestimmtheit läßt sich das natürlich nicht sagen. Die Operation ist schwierig und gefährlich. Doch es ist das einzige, was Ihre Schwiegertochter retten könnte. Sie ist bereits bewußtlos.“

Mit verwelkten Augen kam die ältere Schwiegertochter aus dem Flur.

„— geht zu Ende mit Kuslina. Sie kann nicht gebären.“

Sina eilte zur Wöchnerin. Bewußtlos lag diese da. Der Puls hatte abgenommen. Sina hantierte eine Viertelstunde. Dann ging sie erregt in die Wohnstube.

Zahlreiches Volk hatte sich dein versammelt. Auf der Bank am Fenster saß ein kurzbeiniger Greis, sehr ähnlich dem hochgewachsenen Alten — dessen Bruder, der Vorsitzende des Dorfrates. Sein Gesicht war wichtig, rot und glänzend. Finster blickend sahen andere Bauern da.

Entschlossen sagte Sina:

„Nun entscheidet schnell. Ist der Doktor erst da, gib's keine Zeit mehr zu reden. Seid Ihr einverstanden mit der Operation oder nicht?“

Schmerztuchte der Blick des hochgewachsenen Alten auf ihr.

„Gut, Bürgerin, wir sind einverstanden, aber stirbt das Weib unter Euren Jangen, so kommt der Doktor nicht lebend davon!“

Sina erlebte.

„Ihr seid wohl von Sinnen! Wie's euch gefällt. Rag sie denn sterben! Wir wollen euch helfen, und Ihr seid bereit uns totzuschlagen. Ich habe hier nichts weiter zu schaffen. Ich fahre!“

„Roteh, wart mal.“

Der Kurzbeinige flüsterte in der Ecke. Der Alte kehrte zu Sina zurück.

„Gut, wir sind einverstanden. Rag er tun, was er für gut hält. Was soll das Weib sterben.“

Doch er blickte fürchterlich, und hinter seinen Worten lauerte Drohung.

Sina kehrte zurück in die gute Stube. Ein Herdenschauer schüttele sie. Auf dem breiten Bett stöhnte ersterbend Kuslina. Dämmerung webte in allen Ecken. Fern im Outgarten stöhnten nun aus voller Kehle die Nachtigallen.

Mit jugendlicher Begeisterung glaubte Sina an Dr. Kaiser. Doch nun stellte sie sich vor, was geschehe, wenn . . . Sollte sie ihn warnen? So wunderbare Hilfe vermochte die Jange zu gewähren — und plötzlich sollten sie untätig zuschauen mit feig verkränkten Armen? Ein Gefühl des Stolzes überkam Sina. Sie konnte sich nicht vorstellen, daß Dr. Kaiser aus Furcht vor diesem Greise der Operation entsagen würde. Deshalb also ihn beunruhigen?

Sina ging in die Wohnstube nach warmem Wasser. Trögen Schritten kamen neue Bauern, schwelgend, finstern sahen sie Sina aufmerksam ins Auge, nahmen Platz auf der Bank.

Sina kehrte zurück zur Wöchnerin. Die Alte kam, entzündete die Petroleumlampe, setzte sich auf eine Bank, nahe der Tür, stützte die Wangen in die Hand und seufzte kläglich. Schaute bald nach der stöhnenden Kuslina, bald nach Sina. Es war ungewiß, wen sie mehr bedauerte — die Schwiegertochter oder den Doktor, den die Bauern erschlagen wollten.

Unter tiefen Verneigungen öffnete die Alte die Tür. Das gelbe Ledertücherchen in der Hand sagte Dr. Kaiser fröhlich:

„Guten Tag . . . Nun, Mädchen, gehen Sie. Stören Sie uns nicht.“ Er stellte das Köfferchen auf die Bank, trat zur Wöchnerin.

„Es wird schon gehen!“

Im Flur wusch der Doktor die Hände. Sina hielt die Lampe hoch empor. Die Tür zum Wohnzimmer stand weit offen. Von den Bänken schauten schweigende Bauern auf den Doktor. Erstaunt hoben sich Kaisers Brauen.

„Wozu haben sich die da versammelt? Gibt's etwa Hochzeit? Es schaut nicht gerade danach aus, sitzen ja wie zu einer Beerdigung.“

Sinas Lippen bebten, sie erregnete nichts.

Der Doktor untersuchte die Wöchnerin:

„Selbstverständlich die Jange. Und ohne Verzug. Beschäft zittern Ihre Hände? Ei, ei, Genossin, darf man sich so aufregen?“

In seinen Augen leuchtete jenes heitere, ruhig zuversichtliche Feuer, das Sina vor jeder gefährlichen Operation zu sehen gewohnt war. Auf's neue festigte sich in ihr der Glaube, daß er alles zu gutem Ende bringen werde. Und doch zitterten ihre feinen Jungmädchenhände.

In der Wohnstube schmelzte trübe das Lämpchen. Hinter den Fenstern im Garten hüllten die Nachtigallen. Auf den Bänken längs der Wände saßen die Bauern und warteten.

Der hochgewachsene Alte erhob sich, ging auf Zehenspitzen in den Flur und schaute in die gute Stube.

Schauervoller Anblick! Das Bett in die Mitte des Zimmers gerückt. Blendend weiße, volle Frauenbeine, zurückgebogen quer über dem Bett. Dazwischen der Doktor im weißen Kittel, die Hebel der Stahlgänge tief in den Bauch des Weibes zwängend. Ueber den Kopf der Frau hinweg schaute bleich mit angstverzerrtem Gesicht die Hebamme dem Vorgange zu.

„Was tut ihr, ihr Räuber?“

Der Greis wollte es rufen, wollte mit den Füßen stampfen, ins Zimmer stürzen. Da zog ihn der Vorsitzende des Dorfrates energisch zurück.

„Weg, Roteh! Sieh nicht zu!“

„Schau nur, was sie da treiben!“

„Geh, sage ich dir! Sieh nicht zu. Ich erkläre kategorisch: warte ab. Die Wissenschaft kann sich sozusagen erst ganz zuletzt ausweisen.“

Hermann Mosebuch: Das Abzeichen

Ich lache oft, wenn ich Menschen sehe, die ihre Mühe oder den Rock mit Abzeichen aller Art geschmückt haben. Und doch reut mich nicht heute der vor längerer Zeit erlittene Verlust eines solchen. Es war ein kleines rundes Abzeichen. Auf blauem Emaillegrund vier schneebedeckte Berggipfel. Darunter zwei sich umschlingende Hände, aus denen drei Alpenrosen in den blauen Aether streben. Auf weichem Grund schlingt sich um das Symbol die goldene Inschrift: „Touristenverein die Naturfreunde“.

Ein solches Abzeichen hatte ich nun verloren. Verloren bei einer Sonnenwendfeier im Bergischen Land. Mit Singen und Volkstänzen hatten wir die Nacht der Sonnenwende gefeiert. Das Feuer war erloschen und müde von dem Tanzen und Springen streckten wir uns gegen Morgen in die grüne Heide. Gewohnheitsmäßig griff ich nach dem Verschluss meines Wanderrucksacks. Da vermißte ich das Abzeichen. Ungeduldig und ohne Schlaf erwartete ich die Heiligkeit des Tages. Dann aber mußten die Genossen beim Suchen helfen. Aber alles vergebens. Reine Stimmung war dahin. Nur wegen des Abzeichens, daß doch nicht einmal eine Mark kostet. Ja, nicht einmal eine Mark. Aber für mich doch so wertvoll, daß mir heute noch der Verlust leid ist. Denn dieses Abzeichen hatte seine Geschichte.

Es war Anfang Oktober 1925. Mit meinem Bruder und einem Kollegen aus Mittenberges wählte ich bei bestem Sonnenschein über die ungarische Grenze. Breit und staubig führte uns die Landstraße vorbei an abgeernteten Reisfeldern. Unser Ziel war zunächst Budapest. Von da wollten wir weiter nach dem Orient. Geld hatten wir nur wenig, dafür aber guten Humor und stets Hunger. In einem kleinen Landstädtchen kauften wir für wenig Geld Brot. Spiritus zum Kochen sowie etwas Geflücht hatten wir noch von Oesterreich her mit. Kartoffeln und Tomaten gab es reichlich auf den Feldern links und rechts der Straße. Sollte der Hunger übergroß werden, nun, da gab es noch Wassermelonen genug auf den Feldern.

So erreichten wir am 9. Oktober Budapest. Es dunkelte schon als wir in die Stadt kamen. Im Kappalon (Volkshotel) fanden wir Unterkunft. Anderen Tags gingen wir nach dem Metallarbeiterverband in der Phötelg utca. Wir erhielten Unterstützung und Schlafkarten für drei Tage. Der folgende Tag war ein Sonntag. Zwei jüngere ungarische Kollegen erboten sich freundlich, uns durch die Stadt zu führen. Sie sprachen gut Deutsch und in lebenswürdiger Weise erledigten sie sich ihrer Aufgabe. Wir besichtigten die Burg, Matthiaskirche und Fischerbastei. Hatten Gelegenheit das schöne Parlament zu bewundern. Noch viele Sehenswürdigkeiten zeigten sie uns. Eine Prozession, der wir begegneten, gestattete uns viele Rückschlüsse auf das einträchtige Zusammenwirken von Reaktion und Kirche. Die Schilderung der politischen Verhältnisse durch unsere Kollegen ließen mir die Errungenschaften der Revolution doppelt wertvoll erscheinen. So verbrachten wir den Tag mit Besichtigung der Stadt und Reinigungsaustausch mit den ungarischen Freunden.

Für den Abend waren wir zu einem Vergnügen der Metallarbeiterjugend eingeladen. Hier nun beginnt die Geschichte des Abzeichens. Es war ein kleiner Versammlungsraum ohne besondere Schönheit. Eine kleine Kapelle sah vorn auf dem Podium und spielte lustige Tonymelodien alter und neuer Art. An den Seiten standen schmale Bänke bereit zum Ausruhen der eifrigen Tanzpaare. In der linken Saalecke aber sah ein uniformiertes Etwas. Ein Schutzmann. Er war sich wohl seiner lächerlichen Rolle bewußt, die er in diesem Kreis jugendlicher Menschen spielte. Er schlich. Aber so oft der Klavierspieler etwas stärker auf die Tasten schlug,

und wenn etwa . . . Komm, sage ich dir! Man muß, sozusagen, organisiert vorgehen, nicht auf eigene Faust. Von der ganzen Gemeinde aus!“

Mit dunklem Gesicht stand der hochgewachsene Alte in der Stube. Atmete röhrend, streifte immer wieder die herabgleitenden Hemdärmel hoch. Erwartungsvoll blickten die anderen auf ihn.

Da plötzlich . . . Pöflich ertönte das halberstimmte Weinen eines Neugeborenen über den Flur weg die Wohnstube. Die rechte Hand des Alten erstarrte am linken Ellenbogen. Mit aufgerissener Munde und stieren Blicken stand alles da. Dann stürzten sie zu Haus in die gute Stube, allen voran der hochgewachsene Alte.

Helle Begeisterung auf dem Gesicht, stand Sina mitten in der Stube, in den Händen das trebsrote weinende Kind.

Bleich, mit geschlossenen Augen atmete die Wöchnerin.

Die Schürze voll Blut war der Doktor beschäftigt, das grauliche Stahlinstrument mit Watte zu säubern.

Hastig atmend tat der hochgewachsene Alte zwei Schritte auf den Doktor zu. Sant plötzlich in die Knie, umklammerte des Doktors Beine, und sein Gesicht prekte sich gegen den Stiefelschaft.

Die Nachgeburt war entfernt, die Nähte angelegt. Die Wöchnerin erwachte aus der Narkose.

Die gute Stube war voller Menschen.

Im Flur wusch sich der Doktor. Daneben stand Sina, und plötzlich brach sie in Weinen aus. Setzte sich auf den Rand des Abfallkastens, prekte die Kiefer mit den Händen zusammen und weinte trotzdem. Lachte mitten im Schluchzen und blühte voll begeisterter Liebe auf Doktor Kaiser.

Die muskulösen Arme seifend, sagte Kaiser:

„Ei, ei, Genossin, darf man so nervös sein?“

„Sie wissen nicht, wissen nicht, was geschehen konnte. Die alle dort in der Wohnstube waren gekommen, Sie zu töten. Ich sprach von der Jange. Sie: „Wir geben's nicht zu Um nichts,“ dann sagten sie: „Nun gut, aber stirbt das Weib, so lassen wir ihn nicht lebendig gehen.“ Was, was konnte ich da tun? Ich konnte ja nicht anders, als Sie holen.“

Unbeweglich stand der Doktor mit eingeseiften Händen. Brach in Lachen aus:

„Ja — ja — ja.“

Dann erlebte er, als hätte er eben erst begriffen, was hätte geschehen können.

Ein fremder, versteckt feindseliger Blick streifte Sina.

Für sich sagte er:

„Und sie hatte keinen Puls mehr . . .“

(Aus dem Russischen übertragen von G. S. K. Rosenblat)

schiel er auf und ließ seinen Späherblick durch den Saal schweifen. So schien er bereit, jede revolutionäre Regung niederzuschlagen.

Nur wenige Sekunden hatte ich Zeit, dieses zu erfassen. Denn bald nach unserem Eintritt wurden wir von den jungen Kollegen umringt und hatten vollauf zu tun, um die Händedrucke zu erwidern und die Kollegen Dolmetscher kamen in Schwärm, all die Fragen und Antworten zu überlegen. Auf einmal fühlte ich eine Umarmung, so impulsiv und echt, und einen Händedruck, so fest wie ihn nur gute Freunde tauschen. Vor mir stand ein junger Genosse und seine leuchtenden Augen grühten mich als wäre ich sein bester Freund. Aber wir kannten uns doch nicht, hatten uns nie gesehen, nie von einander gehört. Konnten jetzt nicht einmal miteinander sprechen. Hatte doch jeder von uns eine andere Sprache.

Da sah ich an seinem Rock das Abzeichen. Und ich verstand den Gruß und die Sprache seiner Augen, verstand den Händedruck und seine Umarmungen. Nicht mir, euch allen, euch deutschen Proletariaten galt der Gruß seiner Augen, der Druck seiner Hand und seine Umarmung. Und Freude und Glauben wuchsen riesengroß in mir. Noch einmal umarmten wir uns und seine Gestalt wuchs und vervollständigte sich vor meinen Augen. Ich grüßte, umarmte das ungarische Proletariat. Die Idee der internationalen Klassenverbrüderung schlang um uns ihr rotes Band.

Und dann tauschten wir die Abzeichen. Impulsiv, fast gleichzeitig griffen wir beide danach. Diesmal brachten wir keinen Dolmetscher.

Das ist die Geschichte von dem verlorenen Abzeichen und darum ist mir der Verlust heute noch leid. So oft erinnerte es mich an jenen Augenblick und verstärkte mein Vertrauen in den Sieg der völkerverbrüdernden Idee des Sozialismus.

Stadt- und Landluft.

Um die Menge und Kraft der ultravioletten Strahlen des Sonnensichtes in der Luft der Städte im Vergleich zur Landluft feststellen zu können haben die amerikanischen Forscher Schrader, Coblenz und Korff kürzlich eine Reihe sehr bedeutsamer Versuche vorgenommen. Die chemischen Untersuchungen und Messungen der Luft erfolgten im Mittelpunkt einer Großstadt, ferner in einer etwa drei Meilen davon entfernten Vorstadt sowie, zehn Meilen vom Mittelpunkt der Stadt entfernt, auf dem Lande. An diesen Stellen wurde der Staubgehalt der Luft geprüft, wobei sich ergab, daß die Menge des ultravioletten Lichtes in erster Linie von der Staubmenge abhängig ist, die die Luft verunreinigt. Dabei ergaben die in der Innenstadt ausgeführten Messungen, daß die Kraft und Menge der ultravioletten Strahlen in der durch Staub ujm. am meisten verunreinigten Stadtluft nur ein Sechstel von der Strahlenintensität in der Landluft betrug. Auf der Spitze eines Wollenskrägers, wo die Luft schon etwas reiner ist, war die Menge der ultravioletten Strahlen denn auch größer als auf der Straßenebene, auf der sich der meiste Staub ansammelt. Bei der chemischen Untersuchung der die ultravioletten Strahlen zurückhaltenden Luftverunreinigungen zeigte sich, daß die Menge und Strahlungskraft des ultravioletten Lichtes hauptsächlich durch verschiedene, in der Luft enthaltene Teer- und Kohlenprodukte vermindert wird, und zwar viel mehr, als durch den beim Strahlensetzen aufgewirebelten Staub. Mit dem Einfluß der in der Luft enthaltenen Staubmengen auf die ultravioletten Strahlen hängt es auch zusammen, daß sich die Körperhaut auf dem Lande viel rascher und stärker bräunt als in der Stadt, da in der reinen Landluft die Strahlen durch feinste Verunreinigung zurückgehalten werden.

